Peter Helmes

Zauberwort Asyl

Schockierende Wahrheiten

Peter Helmes

Zauberwort Asyl

Schockierende Wahrheiten

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage November 2015

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des DEUTSCHLAND-Magazin
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 - 299 44 01 – Telefax: 040 - 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
Postbank – BLZ 200 100 20 – Konto-Nr.: 333 33 205
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH – Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

INHALT Seite

Sturm über Europa – Zerbricht Deutschland? 7

Flüchtlingsdebatte und das CDU-Programm 8

Alberne Argumente zur Asylpolitik 19

Kopfloses Berlin 20

Buschkowsky: Zehn Millionen Immigranten bis 2020 22

Familienzuzug: „Demographischer Dschihad“ 23

Gezielte Begriffsverwirrung und Verunsicherung 26

Ein Afrikaner spricht Tacheles 33

Venetiens Ministerpräsident Zaia: Nicht fordern! 36

DEUTSCHLAND – DAS WELTSOZIALAMT 37

Kretschmanns Flüchtlingsgipfel 39

Wie unsere Medien die Wahrheit verbiegen 40

Kampfansage: Multikulti gegen deutsche Heimat 44

UNGLAUBLICHE KOSTEN DER „ASYLITIS“ 47

Beispiele für Ausgaben im Gesundheitssystem 50

Der Spezialtrick der „Asylbewerber“ vom Balkan 54

Weniger Service für die Steuerzahler 55

ASYLKOSTEN-SCHÄTZUNG 2015 56

Gesamtkostenaufwand auf Gemeindeebene 62

Ein Blick in die „Asyl-Industrie“ 65

Asylkosten und -zahlen der MUFL 70

Großer Personalbedarf auch in Mitteldeutschland 74

KRIMINALITÄT 75

Zum Abschluß noch ein Wort zu den Kirchen 78

Der Autor 80

Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers 81

Sturm über Europa – Zerbricht Deutschland?

Die Asyldebatte hat Deutschland jetzt voll im Griff. Zu spät, viel zu spät! An Warnungen hat es nicht gefehlt, aber an Führung. Statt Führung erlebten wir Verführung, Wunschträume von einer „bunten Gesellschaft“ und Offenheit für alle und alles. Halten wir einige Ergebnisse einer völlig verfahrenen Politik in Stichworten fest:

Europa zerstritten, Deutschland verunsichert.
Merkel sei Dank!

- Wir können unser Land nicht mehr verteidigen. Die Bundeswehr wurde in ihren Grundfesten erschüttert und gleicht einer Operettenarmee.
- Unsere Polizei darf nicht mehr eingreifen; denn „wir müssen die Neuankömmlinge vor Schaden bewahren“. Unsere Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet. In vielen Städten haben muslimische „Schutzgruppen“ die Führung und Kontrolle des öffentlichen Bereiches übernommen. Es herrscht die Scharia.
- Unsere Frauen und Mädchen sollen – bald: müssen – Kopftücher und den ganzen Körper bedeckende Kleidung tragen.
- Unsere Lehrer können nicht mehr unterrichten, weil sie auf die vielen fremdländisch sprechenden Schüler nicht vorbereitet sind.
- Unsere Hochschulen können ihrem akademischen Auftrag nicht mehr ausreichend nachkommen, weil die Zugangsvoraussetzungen für „Flüchtlinge“ soweit gesenkt wurden, daß das Niveau von Forschung und Lehre rapide fällt.
- Unsere sozialen Sicherungssysteme – z. B. Renten- und Krankenversicherung – brechen zusammen, weil zu viele Nicht-Beitragszahler durchgeschleppt werden müssen.
- Unsere Priester und Pfarrer können das Wort Gottes aus dem Neuen Testament bald nur noch in ihren Wohnzimmern oder in Hinterstübchen verkünden, weil sonst der „Gott“ der „Rechtgläubigen“, Allah, beleidigt würde. Ungestört rufen Muezzine

jedoch in vielen Orten „Allahu Akbar!“ von ihren Minaretten.

- Wir sollen keine christlichen Symbole mehr zeigen und christliche Bezüge in der Öffentlichkeit vermeiden: z. B. Keine Kreuze und christlichen Symbole mehr zeigen, christliche Feiertage sollen umbenannt werden usw.
- Die Einigkeit Europas ist zerstört. Wie weiland verteidigt jeder Staat seine eigenen Interessen.
- Aus der „deutschen Leitkultur“ wird eine „Mischkultur“, und letztlich wird die „Leitkultur“ im neuen Deutschland islamisch geprägt. Autochthonen Deutschen werden dann Minderheitenrechte eingeräumt.
- Aus unserem einst gastlichen Deutschland ist ein garstiges Land geworden. „Mutti“ Merkel ist wieder zuhause angekommen: Einheitsmief, Kulturmuff, Stacheldraht ist schon gefordert, Mauer fehlt noch. Aber „die erforderlichen Maßnahmen werden wir ergreifen…“

Also: Die Grenzen zu, und alle Fragen offen?
Nein, Frau Merkel, so „ist das nicht mehr mein Land, mein Deutschland“. Es ist Zeit zu gehen.
Peter Helmes, 15. Oktober 2015

Flüchtlingsdebatte und das CDU-Programm

Asyl-Deutschland im Merkelirium*)
Aus der Mitte der Bevölkerung kommen besorgte Fragen. Wie geht es weiter? Wie lösen wir die Krise? Wie kann Deutschlands Bestand gesichert werden? Doch die Fragenden erhalten keine klare Antwort oder ernten Beschimpfungen. Die Skepsis im Volk wächst – zu Recht.

Deshalb ein klares, deutliches Wort vorweg: Nein, wir wehren uns nicht gegen Asylanten oder Flüchtlinge aus Notlagen. Ihnen gehört unsere ganze Solidarität – aus christlicher Verantwortung. Wir wehren uns aber gegen die, die unsere Toleranz ausnutzen und durch die von Merkel weit geöffneten Tore in unser Land

strömen, ohne bereit zu sein, die Grundlagen unseres Landes zu respektieren, also sich zu integrieren – und fühlen uns von der Politik im Stich gelassen.

Was wir der Bundesregierung vorwerfen, ist, daß sie unsere Kritik nicht hören will, sondern jeden, der ihre Politik kritisiert, in die Rechtsaußen-Ecke stellt bzw. stellen läßt. Merkels Stellvertreter im Amt des Bundeskanzlers, der SPD-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Gabriel, bezeichnet viele kritische Menschen in unserem Land ungestraft als „Pack". Ich frage Frau Merkel deshalb:

„Frau Merkel, wann schmeißen Sie das „Pack" aus der CDU – zum Beispiel mich?"
Denn ich gehöre zu denen, die sich zu den Grundlagen der CDU bekennen, und die sind christlich-demokratisch; für diese Ziele habe ich in 56 Jahren CDU-Mitgliedschaft gestritten und 40 Jahre höchst aktiv in vielen Positionen im In- und Ausland die CDU vertreten dürfen. Jetzt bin ich also „Pack" und gehöre zum Mob, für den man sich schämt.

Uns wird „vorge-gauck-elt", die ganze Nation kämpfe „gegen rechts". Nein, liebe Bundesregierung, Eure Verachtung denen gegenüber, die sich Sorgen um unser Vaterland machen, hat nur einen Grund: Ihr wollt davon ablenken, daß wir allen Grund haben, uns diese Sorgen zu machen. Es wird höchste Zeit, beide Augen aufzumachen. Aber ich befürchte, „mit dem „linken" Auge sieht man nichts. Oder: „Pack" und „Dunkeldeutschland" – die Sprache verrät den Charakter!

Zur gewaltigen Flüchtlingsflut, die über die Europäische Union, aber vor allem über Deutschland hereingebrochen ist, und die vieles, wenn nicht alles fortreißt, was zu bewahren dringend notwendig ist, schreibt Reinhard Müller in der FAZ vom 12.10. 2015 in einem bemerkenswert deutlichen Leitartikel:

„Grenzschutz ist kein Selbstzweck, sondern Existenzgrundlage"
„Diese Union wird gerade überrollt. Von vielen Bedürftigen, gewiss, aber die EU will ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sein. Und jeder Raum hat Grenzen. Jede Organisation muss eine

Ordnung aufrechterhalten, auch diejenigen, die ausdrücklich für die Schwachen da sind: von den Kirchen über Hilfsorganisationen bis zu Suppenküchen. Grenzschutz ist also kein Selbstzweck, sondern Existenzgrundlage (…)

… Dabei kann sich die Kanzlerin nicht darauf zurückziehen, dass dieses Problem nur europäisch zu lösen sei. Natürlich können viele Herausforderungen nicht mehr nur national bewältigt werden, das war ja gerade ein Grund für die Gründung der EU. Die deutsche Regierung aber ist – wie alle deutschen Verfassungsorgane – zunächst für das deutsche Volk verantwortlich und dazu verpflichtet, Schaden von ihm abzuwenden."

Und zum vielzitierten Merkel-Satz „Wir schaffen das!", der sowohl kabarettreif als auch bitter ernst ist, schreibt Müller: *„Was schaffen wir eigentlich? Jeden Flüchtling zu versorgen? Ihn zu integrieren? Ohne neue Abgaben und Auflagen? Genauso fehlt ein Hinweis darauf, wie denn das Land der Kanzlerin aussehen soll. Man weiß, dass ein Land, das in der Not nicht freundlich reagiert, nicht mehr das Land Angela Merkels ist."* Die Überschrift zu Müllers Leitartikel auf der ersten FAZ-Seite lautete: „Was für ein Land?"
(http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/arbeitsmarkt-zahl-der-arbeitslosen-migranten-steigt-an-13859512.html)

Und da muß man hinzufügen: „Was für ein Land? Was für eine CDU? Wer hat Merkel diesen Auftrag gegeben?" Denn im politischen Programm der CDU steht das nicht.

Als Angela Merkel am 22. September 2013 wieder zur Kanzlerin gekürt wurde, spielte auch das Programm der CDU, also der Partei unter ihr, eine wichtige Rolle. Man sollte sie als Verfechterin der parlamentarischen Demokratie an ihrem Programm, das damals vor und nach dem Wahlkampf dem Volk vor die Füße geworfen wurde, auch heute noch messen. Zum Beispiel bei den Themen „Migration" und „Asyl", die ja sicherlich nicht als Überraschungseier in diesem Jahr der Kanzlerin überreicht wurden.

Und siehe da, wir *) sind in den **Wahl-, Grundsatz- und Regierungsprogrammen,** bei der auch die CSU ein Wörtchen mitgeredet hat, sogar fündig geworden. Hier einige Passagen (im Fol-

genden kursiv geschrieben), die Ihnen die Augen öffnen werden:

„Deutschland ist ein erfolgreiches Integrationsland. Wer unsere gemeinsamen Werte teilt, wer mit anpackt und unser Land voranbringen will, ist uns willkommen…“

„Die ganz überwiegende Mehrheit der rund 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bei uns leben und arbeiten, leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes…“

„Im internationalen Wettbewerb um kluge Köpfe wollen wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern für uns gewinnen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver werden…“

Die Realität:
Die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-Bezieher aus Krisengebieten ist im Zuge der Flüchtlingskrise kräftig gestiegen. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ unter Berufung auf eine Auswertung der Bundesagentur für Arbeit berichtet, hat sich die Zahl der erwerbslosen Hartz-IV-Empfänger aus den Asylzugangsstaaten bis September 2015 binnen eines Jahres um 20 Prozent erhöht auf gut 160.000 Menschen. Besonders schwer bei der Jobsuche tun sich demnach Menschen aus afrikanischen und arabischen Ländern, bei denen die Zahl der Arbeitslosen stärker gestiegen ist als in Vergleichsgruppen. So habe sich die Zahl der registrierten Jobsuchenden aus Syrien mehr als verdoppelt…

Und auch das gehört zur Realität – und wird politisch verdrängt: Immer mehr Menschen in Deutschland sind **zusätzlich zu Einkommen oder Rente auf staatliche Grundsicherung angewiesen.** Vor allem ältere Menschen brauchen diese Sozialhilfe: Im März 2015 waren es rund 512.000 Senioren. Darunter waren besonders viele Frauen in Westdeutschland – ihre Rentenansprüche reichen nicht aus.

Künftig werde die Altersarmut im Osten deutlich zunehmen, prognostizierte die Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland, Ulrike Mascher. „Es rollt eine Lawine der Altersarmut auf uns zu“, warnte auch der Geschäftsführer des Paritätischen

Gesamtverbandes, Ulrich Schneider. „In den nächsten 10 bis 15 Jahren werden immer mehr Menschen ohne hinreichende Rentenansprüche das Rentenalter erreichen."…

(http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grundsicherung-mehr-menschen-auf-unterstuetzung-angewiesen-a-1047035.html)

Das Erlernen der deutschen Sprache

„Wir erwarten von Zuwandernden, daß sie die deutsche Sprache erlernen. Wer sich verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine Zukunftschancen…"

Die Realität:

Professor Uwe Hinrichs von der Universität Leipzig untersucht seit vielen Jahren die anfangs schleichende, mittlerweile rasante Veränderung der deutschen Sprache durch den Einfluß der Migranten in unserem Land. Angesichts von 16 Millionen Migranten mit bedingten Deutschkenntnissen kann es nicht verwundern, daß ihr Sprach(un)wissen direkten Einfluß auf die Alltagssprache hierzulande hat. Dabei mag es überraschen, daß „Russisch mit rund drei Millionen Sprechern mittlerweile die nach Deutsch (und noch vor Türkisch) am zweithäufigsten gesprochene Sprache" bei uns ist, wie Hinrichs in seinem Buch „Multi Kulti Deutsch" betont. Arabisch, Jugoslawisch, Albanisch und Polnisch kommen dazu, natürlich das Englische mit Anglizismen nicht zu vergessen.

Dieser sprachliche Schmelztiegel, in dem wir uns nun einmal befinden, führt nicht nur zu zahlreichen neuen Wortbildungen, sondern vor allem zu einer deutlichen und nachhaltigen Zersetzung des sprachlichen Regelwerks, also der Grammatik…

(http://www.derwesten.de/kultur/ich-weiss-wo-dein-haus-wohnt-id8811806.html)

Mangelnder Wille zur Integration?

„Vielfalt braucht Zusammenhalt. Deshalb haben wir die Integrationspolitik in das Zentrum politischen Handelns gerückt und umfangreiche Angebote für eine gelingende Integration geschaffen. CDU und CSU treten zugleich Integrationsverweigerern entschieden entgegen, auch im Interesse der großen Mehrheit rechtstreuer Zuwanderer.

Wer unsere Unterstützung will, muss durch sein Verhalten den Willen zur Integration deutlich machen. Wer sich seinen Pflichten ent-

zieht, muss mit Folgen für seinen Aufenthaltsstatus und seine Leistungsansprüche rechnen. Wenn religiös oder kulturell übermittelte Traditionen zu einer Missachtung unserer Rechtsordnung führen, dürfen wir dies nicht akzeptieren. Der Abschottung in Parallelgesellschaften und islamischen Sondergerichten außerhalb unserer Rechtsordnung treten wir entschieden entgegen. Wir erwarten dabei auch von den muslimischen Verbänden ein erkennbareres Gegensteuern. CDU und CSU rufen deshalb die muslimischen Verbände zu einer engen Zusammenarbeit auf…“

Die Realität:
Die meisten Muslime kommen aus Ländern, in denen die Scharia als Allahs Gesetz gesellschaftlich anerkannt ist. Anders als in Deutschland, entscheidet dort die Religion darüber, was man ißt, was man trinkt, wen man heiratet, wie man Frauen und Minderheiten behandelt und welchen Gesetzen man folgt. Der Islam ist dort nicht nur rituelle Religionsausübung, sondern ein soziopolitisches System.

Welcher Muslim verwirft nun die antidemokratischen Aspekte der Scharia bei der Einreise nach Europa? Die Denkweise der Muslime, ihre Handlungen, ihre Sicht auf Andersdenkende, Andersglaubende und Frauen sind weiterhin vom Islam geprägt. Hinzu kommt, daß der Koran die Integration seiner Anhänger in eine westliche Gesellschaft nicht als besonders erstrebenswert darstellt. **Er untersagt zum Beispiel in Sure 5:51 Muslimen die Freundschaft zu Juden und Christen.**

So leben viele Anhänger des Islam in Deutschland in Parallelgesellschaften. Sie finden in ihren zum Großteil von Migranten bewohnten Wohnvierteln sowieso alles, was sie zum Leben benötigen: Also arabische Ärzte, „Halal- Supermärkte“, Moscheen und Rechtsanwälte. Vor allem Frauen kommen so kaum in Kontakt mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft und müssen sich oft an denselben Ehrenkodex halten wie im Herkunftsland.

Sie sind unfrei in einem freien Land. Selbst die Entscheidung ihres Herzens, nämlich den Mann zu heiraten, den sie lieben, wird ihnen oft nicht gewährt, wenn der Zukünftige Nichtmuslim ist. Auch wenn diese Unterdrückung nicht alle muslimische

Frauen betrifft, darf man sich durchaus fragen, warum es kaum muslimische Frauen gibt, die einen Deutschen als Lebenspartner haben.
(http://www.heise.de/tp/artikel/45/45827/1.html)

„Wir treten zugleich für den Schutz politisch Verfolgter ein, wie es unserem Grundgesetz und der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muß auf Deutschland vertrauen können. Deshalb bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl…“

„Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu mißbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab. Es bedarf einer europäischen Lösung, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Mißbrauch zu verhindern. Insbesondere müssen Lebensbedingungen und Integration der Menschen in ihren Heimatländern deutlich verbessert werden, so daß sie dort eine Perspektive haben…“

Die Realität:
In Deutschland hat sich die praktische Umsetzung des weltweiten Versprechens als Problem erwiesen, als gleich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Hunderttausende in der Bundesrepublik einen Asylantrag stellten. Verfolgt waren die allermeisten nicht, aber sie nutzten die Möglichkeit der generellen Aufnahmegarantie für alle Asylantragsteller. Also nicht nur für die tatsächlich Verfolgten, sondern auch für alle anderen. Auch heute noch sind alle Ausländer berechtigt, einen Antrag zu stellen, mit Ausnahme der EU-Bürger. Die europäischen Schengen- und Dublin-Regelungen haben daran nichts grundsätzlich geändert. Warum scheint es eine unveränderliche Regel zu sein, dass die Antragsteller deutschen Boden erreicht haben müssen? Wenn das abschrecken sollte, dann ist inzwischen das Gegenteil eingetreten. Denn wer es als Flüchtling nach Deutschland schafft, hat Anspruch auf ein Asylverfahren. Offene Grenzen, hohe Mobilität und das Milliardengeschäft der Schlepperbanden ermöglichen die Einreise. So kommen derzeit vierzig Prozent der Asylbewerber aus den sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ des Westbalkan.

Politische Verfolgung gibt es dort nicht, aber jede Menge Perspektivlosigkeit für sozial Schwache. Für sie ist der monate-, manchmal auch jahrelange Aufenthalt finanziell ein Gewinn. Deshalb bringt der Streit ums Taschengeld nichts. Für sie zählen die Monate, die sie hier im Verfahren sind. Ab dem 4. Aufnahmemonat bekommen sie etwa 360 Euro zur Versorgung neben der Unterkunft, ab dem 15. Monat so viel wie ein Hartz-IV-Empfänger. Die kürzeste Zeitdauer der Asylprüfung für diese Gruppe beträgt jetzt durchschnittlich mehr als fünf Monate. Danach beginnt der individuelle Kampf um die Bleibeverlängerung. Es werden Widerspruchs- und Klageverfahren angestrengt, später Reiseunfähigkeitsbescheinigungen ausgestellt, und wenn alle Halteseile zu reißen drohen, läßt man sich vor dem Gerichtstermin in eine Klinik einweisen, um nach drei Tagen „in gutem Allgemeinzustand", wie es die Gerichtssprecherin eines Verwaltungsgerichts mitteilte, wieder aus dem Krankenhaus entlassen zu werden…

(http://www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-fluechtlingspolitik-wider-den-wahnsinn/12221588.html)

Und auch das gehört dazu: Rund 94.000 Asylbewerbern droht Wiedereinreise-Sperre. Das BAMF darf nun Wiedereinreise- und Aufenthaltsverbote für abgelehnte Asylbewerber verhängen. Behördenchef Schmidt kennt Fälle, in denen Familien vom Balkan viermal nach Deutschland einreisten…

(http://www.welt.de/politik/deutschland/article144957722/Rund-94-000-Asylbewerbern-droht-Wiedereinreise-Sperre.html

„Keine Gemeinschaft kann Menschen anderer kultureller Prägung in beliebiger Zahl integrieren…"

Die Realität:

Im aktuellen Berichtsmonat (Sept. 2015) waren folgende Herkunftsländer am stärksten vertreten:

Syrien mit 16.544 Erstanträgen, im Vormonat mit 10.112 Erstanträgen auf Rang 1 (+63,6 %), im Vorjahr Rang 1 mit 4.187 Erstanträgen (+295,1 %). Albanien mit 6.624 Erstanträgen, im Vormonat Rang 2 mit 8.234 Erstanträgen (-19,6 %), im Vorjahr Rang 12 mit 370 Erstanträgen (+1.690,3 %), Afghanistan mit 2.724 Erstanträgen, im Vormonat Rang 3 mit 2.270 Erstanträgen

(+20,0 %), im Vorjahr Rang 4 mit 851 Erstanträgen (+220,1 %). Fast ein Viertel der Erstantragsteller (24,4 %, 9.875 Personen) kam im aktuellen Berichtsmonat aus den dominierenden sechs Balkanländern (Albanien: 6.624, Serbien: 1.201, Mazedonien: 879, Kosovo: 622, Bosnien und Herzegowina: 369, Montenegro: 180). Folgende Herkunftsländer waren im bisherigen Zeitraum Januar bis September 2015 am stärksten vertreten: Syrien mit 70.501 Erstanträgen, im Vorjahr mit 23.575 Erstanträgen auf Rang 1 (+199,0 %). Albanien mit 44.431 Erstanträgen, im Vorjahr Rang 5 mit 5.526 Erstanträgen (+704,0 %). Kosovo mit 31.446 Erstanträgen, im Vorjahr Rang 11 mit 3.173 Erstanträgen (+891,0 %).

(https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile)

„Wir setzen uns dafür ein, den Personenkreis und den Umfang der Zuwanderung entsprechend den Interessen unseres Landes und der gesellschaftlichen Situation zu begrenzen und zu steuern…“

„Wir treten ein für die Anerkennung der durch unsere christlich-abendländische und humanistische Tradition geprägten Werte…“

Die Realität:

Verfolgte Christen fliehen vor dem Krieg nach Deutschland. Doch auch hier sind sie nicht sicher – islamistische Flüchtlinge mobben sie…

(http://www.zeit.de/2014/32/fluechtlinge-deutschland-christen-verfolgung-muslime)

Die ARD berichtet über wiederholte, gezielte Angriffe von Moslems in deutschen Asylbewerberheimen auf Christen und Jesiden. Christen werden danach getreten, eingeschüchtert, geschlagen und sogar aus dem Fenster geworfen, Christinnen sexuell bedrängt und mißbraucht, so das ARD-Magazin „Report München“. Und die „Welt“ berichtet, einige Moslems hätten 13- oder 14-jährige „Ehefrauen“ dabei.

(https://www.bayernkurier.de/inland/6669-ard-berichtet-ueber-uebergriffe-von-moslems-auf-christen)

„Wer zu Terror aufruft oder Gewalt ausübt, muß die volle Härte von Recht und Gesetz spüren und hat als Ausländer mit konsequenter Ausweisung und Abschiebung zu rechnen…“

Die Realität

In einer Asylbewerberunterkunft bei Stuttgart ist ein mutmaßlicher Unterstützer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) festgenommen worden. Der 21jährige Marokkaner stehe unter Terrorverdacht, teilten die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart und das Landeskriminalamt mit.

Nach Angaben der Ermittler war der Verdächtige unter falscher Identität als Asylbewerber im Kreis Ludwigsburg untergetaucht. Der junge Mann sei mit einem europäischen Haftbefehl spanischer Behörden gesucht worden. Ihm wird vorgeworfen, Kämpfer für den IS zu rekrutieren. In Spanien soll er als Kontaktperson für Kämpfer fungiert haben, die nach Syrien oder in den Irak reisen wollten, um sich dort dem IS anzuschließen. Den Angaben zufolge hatte der Mann Anfang Juli 2015 angekündigt, er wolle sich auch selbst der Terrormiliz in Syrien anschließen. In sozialen Netzwerken habe er mit Terroranschlägen gegen Spanien gedroht…

(http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.deutschland-mutmasslicher-is-terrorist-in-asylbewerberheim-festgenommen.8e5100fc-a51a-40e3-950a-44c54231f377.html)

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, befürchtet, daß radikale Islamisten auch in Deutschland einen eigenen Staat errichten wollen. Maaßen sagte in Berlin, die islamistische Szene in Deutschland wachse „ungebremst“ weiter. „Damit wird auch der Nährboden für den Dschihad immer größer. Salafisten wollen auch in Deutschland einen islamischen Staat errichten.“ Die Hochburgen des radikalen Islamismus lägen nach wie vor in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hessen, sagte der BfV-Präsident weiter.

Die Zahl der Islamisten in Deutschland steige ebenfalls weiter. Nach den jüngsten Zählungen des BfV sind es derzeit 7300 Personen. Zu Jahresbeginn waren es noch 7000. Rund 680 Islamisten seien von Deutschland nach Syrien oder in den Irak ausgereist, teilte das BfV mit. Jeder dritte von ihnen sei inzwischen wieder zurückgekehrt. Von 50 Personen wissen die Verfassungsschützer, daß sie Kampferfahrungen gesammelt haben. 85 der ausgereisten Salafisten seien in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen. „Der Ausreisestrom in die Kampfgebiete hält

unvermindert an“, sagte Maaßen…

(http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/salafisten-wollen-staat-in-deutschland-errichten-13552496.html)

…Inzwischen hat die Bremer Polizei fast täglich mit jungen Flüchtlingen zu tun. Zuletzt erregte ein Fall Aufsehen: Bei einer Kontrolle wurden die Beamten von jugendlichen Asylbewerbern bespuckt und angegriffen. In sozialen Netzwerken tobt die Diskussion. Immer wieder wird die Abschiebung gefordert. Doch das ist rechtlich gar nicht möglich…

(http://www.radiobremen.de/politik/dossiers/fluechtlinge/fluechtlinge166.html)

Nicht, aber wirklich nicht ein einziger Punkt aus den zitierten Programmpunkten wurde umgesetzt oder hat etwas mit der heutigen Situation in Deutschland gemein, in die uns das blinde „Huhn“ Angela geführt hat. Im Gegenteil, dank Frau Merkels egomanischen „Selfie-Kurses“ werden unsere Werte gerade endgültig ruiniert. Die muslimische Masseneinwanderung wird Deutschland unumkehrbar in absehbarer Zeit in eine islamische Republik verwandeln. Allerhöchstens 10 Prozent der Asylbewerber haben, wenn alles gut läuft, überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Der Rest, also die bescheiden geschätzten 5 Millionen so genannter Flüchtlinge werden als ewige Hartz-IV-Empfänger unser Sozialsystem und Gesundheitswesen kollabieren lassen.

Wenn man sich dann auf die Bundestagswahl 2013 zurückbesinnt, keimt doch ein wenig der Verdacht auf, daß Frau Merkel ihre Wähler und gleich den Rest des Volks böswillig getäuscht, wenn nicht gar belogen und betrogen hat.

Und falls hier keine Vortäuschung falscher Tatsachen vorliegen sollte, handelt es sich zumindest um politisches Versagen auf der ganzen Linie!

Und dann mußte man das lesen:
Bundeskanzlerin Angela Merkel ist in der Wertschätzung der Deutschen nach einer Forsa-Umfrage auf einen neuen Rekordwert gestiegen. Würde die Besetzung des Kanzleramts vom Wähler direkt bestimmt, käme Merkel auf eine Zustimmung von 63 Prozent, geht aus der am Mittwoch veröffentlichten Erhebung

für den „Stern“ und RTL hervor. Dies sei ein Plus von einem Punkt gegenüber der Vorwoche. Für SPD-Chef Sigmar Gabriel sprachen sich zwölf Prozent der Befragten aus…

(http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kanzlerin-angela-merkel-beliebt-wie-nie/10267958.html)

Das scheint vorbei zu sein. Die Umfragewerte in den letzten Wochen, in denen die Asylproblematik bis ins letzte Dorf gesickert ist, sind deutlich gesunken. Aber das ist keine Katastrophe. Schlimmer wäre es, wenn sie vom Wähler wieder den Auftrag erhielte, das Land in den Abgrund – ins Merkelirium – zu treiben.

*) Quellen: Thomas Böhm auf http://journalistenwatch.com/cms/deutschland-im-merkelirium/, http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_cdu-csu.html, http://www.wahlprogramme-vergleichen.unklarheiten.de/?p=vergleich&
thema=Asyl)

Alberne Argumente zur Asylpolitik

Der österreichische Publizist Christian Ortner schreibt den Deutschen zu der gesamten Asyldebatte ins Stammbuch:

„Das Narrativ von den durchwegs in Harvard zu Kardiologen ausgebildeten Migranten ist freilich nicht das einzige Argument in der Asyldebatte, das mehr über jene aussagt, die es vortragen als über die Wirklichkeit. Da ist etwa auch die in zahlreichen Medien aufgestellte Behauptung, Deutschland und Österreich hätten „die Grenzen dichtgemacht“.

Das ist im Wesentlichen frei erfunden. Bis zur Stunde kann jeder, der das wünscht, auch ohne Pass, Visum und andere bürokratische Spitzfindigkeiten nach Deutschland oder Österreich einreisen, beide Länder haben seit dem vermeintlichen Abdichten der Grenze keinen einzigen Migranten zurückgeschickt oder abgewiesen. Das Ganze ist lediglich eine Art Potemkinsche Grenzsicherungsshow, weil die Regierenden da wie dort draufgekommen sind, daß sie vom Wähler zum Teufel gejagt werden, wenn sie nicht einmal so tun, als würden sie die Grenzen unter Kontrolle haben.

Nicht weniger töricht ist der anmaßende Vorwurf an die Ungarn, angesichts ihrer eigenen Geschichte mit Mauer und Stacheldraht nun einen Grenzzaun gen Serbien errichtet zu haben. Als ob es

das Gleiche wäre, jemanden in einem Keller einzusperren und am Verlassen des Verließes zu hindern, wie es der Kommunismus mit seinen Bürgern getan hatte – oder seine Wohnungstür abzuschließen, um nicht die Kontrolle darüber zu verlieren, wer dort aus und ein geht, wie das nun Ungarn gesetzeskonform macht. Daß sie dabei teilweise unverhältnismäßig und unmenschlich handeln, ändert nichts an der Albernheit des Vergleiches.

Ein anderes Argument, das durch endloses Repetieren nicht wahrer wird, ist die törichte Behauptung, daß die jetzige Völkerwanderung in das (noch) wohlhabendere Europa ein unabwendbares Schicksal sei, das sich jeder politischen Entscheidung entziehe. Meist vorgebracht mit dem Subargument, mit Zäunen und Mauern könne man niemanden aufhalten. Auch das ist eher dem Reich der politischen Fiktion zuzuordnen als der Welt des Faktischen. Denn nicht nur Australien zeigt vor, zugegebenermaßen unter einfacheren geopolitischen Umständen, daß eine robuste Sicherung von Grenzen durchaus möglich ist.

Zäune sind sehr wohl imstande, Völkerwanderungen zumindest stark einzubremsen. Das beweisen beispielhaft die spanischen Exklaven in Nordafrika, wo eine extrem exponierte EU-Außengrenze einigermaßen effektiv kontrolliert wird. Auch Israel zeigt, daß die Kontrolle einer besonders heiklen Grenzlinie mittels Zäunen sehr wohl den gewünschten Effekt erreicht. Man kann ja trotzdem durchaus gute Gründe anführen, warum derartige Grenzbefestigungen nicht wünschenswert sind. Nur das Argument, sie würden nicht funktionieren, wird von der Wirklichkeit widerlegt.

Daß Migration ins Herz Europas bis heute weitgehend unkontrolliert stattfindet, liegt also nicht daran, daß es nicht möglich wäre, sie zu kontrollieren, sondern daran, daß die politischen Akteure wie mutlose Schlafwandler Angst vor Entscheidungen haben, die schmerzhaft sind und nicht zu den wohligen „Refugees welcome“-Inszenierungen passen.“

(Quelle: “PRESSE”, http://www.ortneronline.at/?p=36993#sthash.ydQHz78b.dpuf und http://www.ortneronline.at/?p=36993)

Kopfloses Berlin

Ratlosigkeit scheint die Politiker aller Parteien ergriffen zu haben.

Ein Vorschlag zur Lösung der Krise widerspricht den anderen. Auf „Journalistenwatch“ lesen wir dazu:

„In diesem Stil geht das im politischen Berlin momentan von Tag zu Tag. Es ist geradezu spürbar, wie viele Politiker mit den derzeitigen Herausforderungen nicht umgehen können, weil es keine einfachen Lösungen gibt. Was sollte es für eine Lösung sein, die da heißt: Grenze zu, Lager an der Grenze, zurückweisen? Die logischen Folgerungen wären weitere Forderungen. Wer Grenzzäune baut, muß diese aktiv schützen. Wie soll das aussehen? Soll die eh schon überstrapazierte Bundespolizei tausende Kilometer Binnengrenzen mit Österreich, Tschechien und Polen systematisch überwachen? Ausgeschlossen. Also ein Einsatz der Bundeswehr an der Grenze? Am besten mit Schießbefehl? Absurd. Die Grenze zu – doch alle Fragen offen, nein, das kann kein Mittel sein.

Dabei wäre doch das Wichtigste in dieser politisch verfahrenen Situation: Ehrlichkeit. Es gibt offenbar kein kurzfristiges Rezept, keine kurzfristigen Maßnahmen, die helfen, den Flüchtlingsstrom ursächlich abzuschneiden.

In Schweden, Norwegen, Frankreich, England, Griechenland, überall das gleiche Bild. Das alte Europa steht vor der alles entscheidenden Schlacht. Egal, wie es ausgehen mag, wir werden nie mehr die alten sein. Europa wird sich ein für allemal verändern. Ob das Leben dann hier noch lebenswert sein wird, wie sich die Kultur der schönen Künste, der Wissenschaften und der Zivilisation verändern wird, das weiß nur Gott alleine. Europa liegt im Sterben. Ob ein letztes Aufbäumen uns genügend Kraft verleiht, ist derzeit noch nicht abzusehen.“

(Quelle: http://journalistenwatch.com/)

Der wahre Feind

Wir Europäer müssen unseren wahren Feind erkennen: Es sind die europäischen Linken, die sich längst nicht nur in den klassischen linken Parteien befinden, sondern sämtliche, auch bürgerlich-konservative Parteien unterwandert haben und ideologisch beherrschen. Der zweite Feind – nicht minder mächtig – sind die europäischen Medien, die sich mit dem politischen

Establishment verbündet haben und eine Front gegen ihre eigenen Völker bilden. Auch und gerade die Medien werden von Linken dominiert. Und ein dritter Feind ist in Kreisen der Kirchen zu suchen. Zumindest der deutsche Protestantismus ist nahezu vollkommen von Linken durchsetzt – und predigt einen angeblich gemeinsamen Gott des Islam und des Christentums, den es nicht gibt. (Siehe auch Kapitel Kirche)

Buschkowsky: „Zehn Mio. Immigranten bis 2020“

Heinz Buschkowsky, langjähriger SPD-Bezirksbürgermeister in Berlin und für klare Worte bekannt, warnt: **„Deutschland kann an dieser Entwicklung zerbrechen“.** Es wird ernst in unserem Land.

Zehn Millionen weitere Immigranten in nur fünf Jahren – eine alarmierende Zahl! Da darf man an eine weitere Zahl erinnern, über die niemand spricht:

Mehr als 55 Millionen Moslems leben bereits heute in Europa. 1960 gab es gerade mal 600.000 von ihnen, die sich meistens an den südeuropäischen Küsten konzentrierten, jedenfalls nicht besonders auffielen.

Nun alarmiert auch eine weitere Zahl: 90 Prozent der gesamten Einwanderung nach Europa ist moslemisch, obwohl ja eigentlich 99 Prozent der Einwanderer aus jenen Christen bestehen müßten, die in den islamischen Ländern systematisch gejagt, drangsaliert, unterdrückt und ermordet werden. Aber bei uns werden „Einwanderer“, „Flüchtlinge“, „Asylanten“ und „Migranten“ in einen Topf geworfen. (Dazu später mehr.)

Um zu verstehen, was (weitere) zehn Millionen Immigranten bedeuten, hier ein Vergleich:

Norwegen hat 5,1 Millionen Einwohner,
Finnland hat 5,4 Millionen Einwohner,
Dänemark hat 5,6 Millionen Einwohner,
Österreich hat 8,5 Millionen Einwohner,
Die Schweiz hat 8,3 Millionen Einwohner,
Schweden hat 9,6 Millionen Einwohner,
Ungarn hat 9,9 Millionen Einwohner,

Tschechien hat 10,5 Millionen Einwohner,
Griechenland hat 10,8 Millionen Einwohner.

Bildlich gesprochen bedeutet das also, daß sich Deutschland innerhalb eines halben Jahrzehnts um ein ganzes europäisches Land (z. B. Tschechien oder Griechenland) oder zwei Länder (z. B. Norwegen und Finnland) vergrößert, ohne die Voraussetzungen dazu zu haben.

Familienzuzug: „Demographischer Dschihad“

Dabei muß man – wenn die Zuwanderungsgesetze unseres Landes nicht geändert werden – noch Folgendes hinzurechnen: In zwei bis drei Jahren wird ein deutlicher Familiennachzug einsetzen, der durch unsere Rechtslage derzeit garantiert wird. Die Zahl der einreiseberechtigten Familienangehörigen ist naturgemäß schwer zu schätzen, da in vor allem muslimisch geprägten Ländern die „Großfamilie“ Standard ist. Fachleute rechnen mit mindestens einer doppelt so hohen Einwanderungszahl – eher mehr. Fast unvorstellbar! Ein „Wir schaffen das!“ – wie Kanzlerin Merkel meinte – rückt dann wohl eher in den Bereich des Märchens von tausend und einer Nacht.

Hintergrund zum Familienzuzug: In Deutschland darf ein politischer Flüchtling eine staatlich anerkannte Zweitfrau, die auch Sozialhilfe bezieht, haben. Zwei Frauen: Das heißt noch mehr Kinder, als Moslems mit einer Frau schon normalerweise bekommen. Und das heißt weiter. Die Geschwindigkeit, mit der die Zahl der Moslems gegenüber der Zahl der Biodeutschen („Autochthonen“) zunimmt, wird noch schneller. Und es gibt immer mehr Moslems in Deutschland, die sogar alle ihre vom Islam erlaubten vier Frauen hierhergeholt haben.

Moslems haben dafür einen Namen: „demographischer Dschihad“. Er ist heutzutage, bei der noch gegebenen militärischen Chancenlosigkeit gegenüber dem Westen, die beste Waffe des Islam bei der Unterwanderung westlicher Staaten. Der Kosovo hat gezeigt, wie‘s funktioniert. Diese urserbische Provinz, noch vor 100 Jahren mit einer überwiegend serbischen Bevölkerung besiedelt, wurde über diesen, nur scheinbar friedlichen demographischen Dschihad der im Kosovo lebenden Moslems alba-

nisch-türkischer Abstammung binnen weniger Jahrzehnte zu einer serbischen Provinz mit weit über 90 Prozent Anteil an Moslems. Der Kosovo hat eine Geburtenrate von 16,7 Geburten pro 1000 Einwohner (Serbien: 9,1; Deutschland 8,4).

Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz 2004 zum Nachzug *)

Am 12.03.2004 entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, daß ein irakischer Flüchtling auf Kosten des deutschen Staates mit zwei „Ehefrauen" legal in Deutschland leben darf. Zwar ist fast überall auf der Welt die „Vielweiberei" (Polygamie/Bigamie) eine gesetzlich nicht zulässige Eheform. Wer beispielsweise in Deutschland heiratet, obwohl er noch mit einer anderen Frau verheiratet ist, wird nach § 172 StGB mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft. Dies gilt aber so nicht für in Deutschland lebende Moslems.

Auszug aus dem Text des Oberverwaltungsgerichts:
OVG-RHEINLAND-PFALZ – Aktenzeichen: 10 A 11717/03.OVG
Leitsatz des Urteils: *Ist ein politischer Flüchtling nach dem Recht seines Heimatlandes gültig mit zwei Ehefrauen verheiratet, von denen die erste bereits über eine Aufenthaltsbefugnis verfügt und die zweite aufgrund von Duldungen seit mehreren Jahren an der Lebensgemeinschaft teilhat, so kann die Ausländerbehörde gehalten sein, auch der Zweitfrau (trotz Sozialhilfebezugs) eine Aufenthaltsbefugnis zu erteilen.*

Die Klage ging von der Zweitfrau aus. Der deutsche Staat, also der Beklagte, trug die Kosten der Verfahren durch zwei Instanzen.

*) Quelle: juraforum.de bzw. http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/fluechtlinge-mit-zwei-ehefrauen-in-deutschland-beide-koennen-sozialhilfe-bekommen-a1275501.html)

Mißbrauch des Familienzuzugs ist praktisch vorprogrammiert

Da kommt man schon leicht ins Grübeln und Phantasieren, wie Blogger „Unwetter" auf Michael-Mannheimer-Blog schreibt – basierend auf der gefestigten Zahlungspraxis deutscher Behörden: Die Praxis der auf Bigamie beruhenden Erringung hoher Sozialunterstützung sei auch „in Deutschland gang und gäbe, obwohl Bigamie ja offiziell verboten ist. Der Trick dabei ist ganz einfach und funktioniert sogar mit dem Paß deutscher Frauen:

Ein „arbeitsloser“ (und dazu oft noch schwarz arbeitender Hartz IV-Moslem) zieht mit der, natürlich auch erwerbslosen, offiziellen Erst-Frau und seinen zwei, drei oder noch mehr Kindern zusammen. Die bekommen dann als mittellose Familie die ganze Zuwendung des deutschen Sozialstaates.

Er heiratet dann eine Frau nach der anderen vor einem Imam, also nicht vor einem offiziellen deutschen Standesamt, und kassiert die staatliche „Stütze“. Jede dieser „Neben-Frauen“ meldet sich und ihre zwei, drei oder noch mehr Kinder beim Amt und gibt den Vater als „unbekannt/verschollen“ an (das ist der Trick!!!), und schon fließt der Geldsegen für die Vollversorgung der ebenfalls erwerbslosen und angeblich „alleinerziehenden“ Muttis und ihrer Sprößlinge...

Die Zweit-Frau zieht dann mit ein bei ihrem „inoffiziellen“ Ehemann, seine Dritt- und Viert- Frau ziehen dann zusammen in eine Wohnung – und die anderen zwei „freigewordenen“ Wohnungen werden schwarz weiter untervermietet...

Viele von denen gehen dann sogar noch weiter und tauschen die Kinder untereinander aus, oder besser gesagt, sie „verleihen“ den Nachwuchs gegenseitig, so daß die Frauen, die jeweils „nur“ drei Kinder haben, sich beim Amt aber mit 6 Kindern und mehr anmelden, um noch mehr Kohle abzustauben... Und das machen dann alle vier Ehefrauen so... Man muß man nur mal hochrechnen, was dabei alles zusammenkommt...“

Der vorhin bereits erwähnte Buschkowsky ist einer der wenigen deutschen Politiker, die den Islam einigermaßen gut begriffen haben – und der sich nicht scheut, Tacheles zu reden. Seine Kernaussagen decken sich ohne Ausnahme mit denen der wichtigsten Islamkritiker wie z. B. Michael Mannheimer oder Politically Incorrect: 1. Es werden in den nächsten fünf Jahren weitere zehn Millionen Immigranten kommen. 2. Die meisten werden Moslems sein. 3. Die wenigsten haben einen Schul-, geschweige denn einen Berufsabschluss. 4. Deutschland kann an dieser Entwicklung zerbrechen.

„(...) Buschkowsky hat Deutschland indirekt vor einer Überlastung durch den Zustrom an Flüchtlingen gewarnt. „Noch nie hat

es in so kurzer Zeit einen so großen Zustrom an Menschen aus anderen Kulturkreisen gegeben“, sagte Buschkowsky im Interview mit dem „Focus“. „Das wird unsere Gesellschaft heraus- und vielleicht auch überfordern.“

Er fürchte zudem, daß ein starkes Anwachsen der Zahl der Muslime in Deutschland zu Problemen führen könnte. Viele Flüchtlinge „kommen aus Ländern mit einer völlig anderen Wertestruktur“, sagte Buschkowsky. Eine „vordemokratische, widerspruchslose Gehorsamspflicht einer gottgegebenen Ordnung“ passe nicht zur modernen deutschen Gesellschaft. **„Die muslimische Weltsicht ist mit dem demokratisch-westlichen Wertekanon nicht kompatibel“.** (...)

So bezweifelt Buschkowsky auch die häufigen Hinweise auf eine Notwendigkeit zur Aufnahme von Flüchtlingen, weil der deutsche Arbeitsmarkt dringend danach verlange und mit ihnen der deutsche Fachkräftemangel gelindert werden könnten: ***„Ich glaube nicht an das Märchen, daß alle Syrer Ärzte sind“*** (Buschkowsky).
(Quellen: The Huffington Post, Christoph Asche, 17/10/2015 und Michael Mannheimer, 18.10.2015)

Gezielte Begriffsverwirrung – eine geplante Verunsicherung
Bevor wir uns mit einer der größten Herausforderungen unseres Landes beschäftigen, ist eine Sprach- und Begriffsklärung dringend vonnöten. Denn linksgrüne Gutmenschen tun – wie wir später noch sehen werden – alles, die Begriffe zu vermischen und durch eine neue Sprache zu ersetzen, die ihrer „Willkommenskultur“ entsprechen soll.

„Wer die Begriffe beherrscht, beherrscht die Sprache und beherrscht die Politik“ (frei nach Schelsky, der 1975 sagte: „Wer die Sprache beherrscht, beherrscht auch die Menschen…“). Begriffe werden „besetzt“, „mißbraucht“, „entwendet“ oder „verdreht“ – eine probate „Technik“, die besonders bei der politischen Propaganda festzustellen ist. Die erfolgreichsten Begriffsmanipulateure waren Karl Marx, Hitler und die ’68er. Und siehe da:

„Asyl“, „Flüchtlinge“, „Verfolgte“, „Zuwanderer“ – das waren einmal klare Begriffe. Inzwischen ist es den linken und grünen – diese beiden Begriffe gehören zusammen – Gutmenschen aller

Art wieder einmal gelungen, Begriffe zu setzen, zu besetzen oder umzuwidmen (wie bei „rechts“: aus rechts wird rechtsaußen – rechtsextrem – faschistisch). In der sprachlichen Besetzung des Flüchtlingsproblems fallen vor allem Begriffe wie „Zuwanderer“, „Einwanderer“, „Verfolgte“, „Notleidende“, „Asylsuchende“ – und schwupps sind sie plötzlich allesamt, sprachlich bewußt vernebelnd, „Flüchtlinge“. Dann kommt die Mitleidsmasche: „Diese armen Menschen….“. Und schon ist die Frage der „Asylberechtigung“ vom Tisch. „Alle müssen aufgenommen, niemand darf abgeschoben werden; das gebietet die Menschlichkeit“ usw. usf. Und schon endet die Diskussion, weil ja niemand „unmenschlich“ sein will.

„Flüchtling“, „Asyl“ oder „Migrant“ – ein wichtiger Unterschied

„…Bei der Differenzierung zwischen Asylbewerbern, Flüchtlingen und Zuwanderern geht es um mehr als um semantische Feinheiten. Es macht schon einen Unterschied, ob ich einen Ankömmling aus dem Westbalkan als Flüchtling oder Migrant bezeichne. Der Flüchtling ist gekommen, weil sein Heimatland ihn nicht schützen kann oder will. Migranten hingegen verlassen ihr Land aus eigenem Antrieb – meistens, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Während der Flüchtling unsere Hilfe und unseren Schutz verdient, ist der Arbeitsmigrant aus sicheren Herkunftsländern wie Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina schlichtweg ein illegaler Einwanderer. Aber illegal klingt nicht so sympathisch; also wird aus dem Illegalen ein Flüchtling.

Eigentlich ist es gar nicht so schwierig, zwischen Asylbewerbern, Flüchtlingen und arbeitsuchenden Zuwanderern zu unterscheiden. Politisch Verfolgte genießen bei uns nach Artikel 16a Grundgesetz Schutz. Das trifft aber nur auf ein bis zwei Prozent aller hier Schutzsuchenden zu. Knapp 40 Prozent sind Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern. Deren Wunsch nach einem besseren Leben in unserem Land ist verständlich, hat aber keine rechtliche Basis. Diese Zuwanderer sagen Asyl und meinen Sozialhilfe. Sie versuchen, ein Recht zu erschleichen, das ihnen nicht zusteht.

Fast 50 Prozent derer, die ohne Visum zu uns kommen, haben nach der Genfer Konvention und dem Humanitären Völkerrecht gute Chancen, als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Das ist dann der Fall,

wenn sie befürchten müssen, wegen ihrer „Rasse“, ihrer Religion, ihrer Nationalität, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe in ihren Heimatländern verfolgt zu werden. Zur Aufnahme und zum Schutz sind wir zudem bei Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen verpflichtet. Unstrittig ist aber auch: Weder die Genfer Konvention noch andere internationale Abkommen verpflichten Staaten, Wirtschaftsflüchtlinge aufzunehmen.

Um es auf den Punkt zu bringen: ***Wer in seiner Heimat weder verfolgt wird noch kriegerischen Auseinandersetzungen samt ihren Folgen ausgesetzt ist, ist kein Flüchtling.*** *Asylanträge solcher Zuwanderer haben deshalb keinerlei Aussicht auf Erfolg. Diese knapp 40 Prozent illegale Zuwanderer belasten unsere Aufnahmeeinrichtungen, kosten den Steuerzahler viel Geld und verzögern die Verfahren der knapp 50 Prozent mit sehr guten Aussichten auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Die Kapazitäten, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für unbegründete Anträge aufwenden muss, fehlen für „echte“ Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak…“*

(http://www.rolandtichy.de/kolumnen/mueller-vogg-gegen-den-strom/fluechtlinge-sprachverwirrung-als-mittel-der-politik/)

Widersprüchlicher Kauder

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) will zwar Flüchtlinge vom Balkan sehr viel schneller als bisher in ihre Heimatländer zurückschicken. Der „Welt am Sonntag“ sagte Kauder: „Wir sollten Menschen, die mit großer Wahrscheinlichkeit kein Asylrecht erhalten, nicht mehr weiter an die Kommunen verteilen. Sie sollten direkt aus den Erstaufnahmeeinrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Wer etwa aus dem Kosovo kommt, sollte innerhalb eines Monats wieder in seine Heimat zurück…“

(http://www.welt.de/politik/deutschland/article144966030/Kosovaren-muessen-binnen-eines-Monats-zurueck.html).

Aber kann er angesichts seiner Meinung ´mal erklären, wieso er die Politik der Bundeskanzlerin („Wir schaffen das“) vorbehaltlos unterstützt?

Begriffsklärung nötig

Es ist also dringend geboten, die Begriffe „Asyl“ und „Flüchtling“

zu klären, damit man zumindest sprachlich die Spreu vom Weizen, also „Schein-Asylanten“ von echten, trennen kann.

Asylgewährung ist eine heilige Pflicht. Art. 16a Grundgesetz lautet:

I. Die Grundrechte (Art. 1 - 19), Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

Kein Sonderstatus für Asylrecht

Die gesetzl. Regelung ist also ganz klar. Alle anderen, also die nicht „politisch Verfolgten“, haben nichts mit dem Asylrecht zu tun, sind also keine Asylanten! Und auch das darf hinzugefügt werden:

Asylrecht hat keinen Sonderstatus. Das Grundrecht auf Asyl kann im Ernstfall komplett abgeschafft werden:

Das Grundrecht auf Asyl kann nach den Worten des Verfassungsrechtlers Rupert Scholz auch abgeschafft oder eingeschränkt werden: „Im Ernstfall kann das Grundrecht auf Asyl

gemäß Artikel 16a GG sogar komplett abgeschafft werden. Die sogenannte `Ewigkeitsgarantie` des Artikels 79 Absatz 3 GG steht dem nicht entgegen."

Der entsprechende Grundgesetz-Artikel 16a verfüge über keinen Sonderstatus, der das Asylrecht über andere Verfassungsnormen hinaus hebe, schreibt Scholz in einem Beitrag für das Nachrichtenmagazin „Focus".

Wie jedes andere Grundrecht auch funktioniere das Asylrecht nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. Im Falle der Kollision oder Konkurrenz des Asylrechts mit anderen Verfassungsnormen sei der Gesetzgeber zum Ausgleich verpflichtet.

Von „herausragender Bedeutung" für die mögliche Begrenzung des Asylrechts durch den Gesetzgeber sind nach den Worten von Scholz „die Verfassungsprinzipien des Rechts- und des Sozialstaatsprinzips". Auch das Asylrecht stehe unter dem vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Schrankenvorbehalt der „Sicherheit des Staates und seiner Bevölkerung".

Das Gleiche gelte für alle sozialstaatlichen Leistungsversprechen, selbst wenn Asylanten eine prinzipielle Gewähr des Existenzminimums zustehe. Die Ressourcen und die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates dürften weder gefährdet noch infrage gestellt werden.

(Quellen: http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/verfassungsrechtler-grundrecht-auf-asyl-kann-im-ernstfall-komplett-abgeschafft-werden-a1277007.html sowie http://michael-mannheimer.net/2015/10/18/verfassungsrechtler-grundrecht-auf-asyl-kann-im-ernstfall-komplett-abgeschafft-werden/)

Zwei Zitate zeigen drastisch, was Politiker denken könnten – wenn sie denn wollten:

„Wenn die europäischen Länder eine Welle von Migranten *akzeptieren, werden darunter Terroristen sein. ... Indem wir die Migranten akzeptieren, machen wir dem Islamischen Staat die Expansion nach Europa sehr viel leichter"*, sagt der tschechische Präsident Miloš Zeman.

„Redet man über Einwanderung, ist man fremdenfeindlich. Redet man über Sicherheit, ist man ein Faschist. Redet man über den

Islam, ist man islamophob", so der französische Parlamentsabgeordnete Henri Guaino.

Unsere lieben „guten" Menschen verdrängen solche ernsthaften Mahnungen, weil sie sie nicht verstehen wollen. Zum Verstehen gehört aber, daß man Begriffe in klarer Bedeutung verwendet – und nicht umdeutet. Durch solche Umdeutungen verweigern sie den echten Diskurs, eben weil sie fürchten, auf den Boden der Tatsachen geholt zu werden. Klären wir deshalb einmal die Begriffe säuberlich:

Begriffsklärung zum Thema „Flüchtlinge":
Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR gibt Auskunft zu einigen Kernfragen der Diskussion um den Begriff „Flüchtlinge. Hier ein Auszug:

Wer ist ein Flüchtling?
Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention definiert einen Flüchtling als Person, die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren ständigen Wohnsitz hat, und die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann.

Welche Pflichten hat ein Flüchtling?
Flüchtlinge müssen die Gesetze und Bestimmungen des Asyllandes respektieren.

Welche Rechte hat ein Flüchtling?
Ein Flüchtling hat das Recht auf Sicherheit in einem anderen Land.

Völkerrechtlicher Schutz geht jedoch über die physische Sicherheit hinaus. Flüchtlinge sollten zumindest die gleichen Rechte und Hilfsleistungen erhalten wie andere Ausländer, die sich rechtmäßig in dem betreffenden Land aufhalten. Flüchtlinge genießen grundlegende Bürgerrechte wie Meinungsäußerungsfreiheit, Bewegungsfreiheit und Schutz vor Folter und erniedrigender Behandlung. Auch wirtschaftliche und soziale Rechte gelten gleichermaßen für Flüchtlinge.

Sie sollten uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung, Schulbildung und zum Arbeitsmarkt haben.

Wer entscheidet über die Anerkennung als Flüchtling?
Die Hauptverantwortung bei dieser Aufgabe liegt bei den Staaten. Sie schaffen Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft, um den rechtlichen Status und die Rechte einer Person innerhalb ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung festzulegen.

UNHCR kann dabei Beratung anbieten, um gemäß seinem Mandat das Flüchtlingsrecht zu fördern, Flüchtlinge zu schützen und die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 zu überwachen. Sind Staaten nicht in der Lage ein faires Anerkennungsverfahren durchzuführen, kann UNHCR, Kraft seines Mandates, diese Aufgabe übernehmen.

Das „UNHCR-Handbuch über Verfahren und Kriterien zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft" wie auch ergänzende Richtlinien des UNHCR werden von vielen Staaten als gültige Interpretation der Genfer Flüchtlingskonvention angesehen.

Gilt als Flüchtling, wer vor Krieg oder Kriegsfolgen wie Hungersnot und ethnischer Gewalt flieht?
Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), das wichtigste Instrument des internationalen Flüchtlingsrechts, bezieht sich nicht explizit auf Menschen, die vor Konflikten oder allgemeinen Gewaltsituationen fliehen, obwohl in den letzten Jahren die meisten großen Flüchtlingsbewegungen durch Bürgerkriege ausgelöst wurden, in denen religiöse, ethnische oder Stammesgewalt eskalierten.

UNHCR vertritt jedoch den Standpunkt, dass viele Personen, die aus diesen Gründen fliehen und deren Staat sie nicht schützen kann oder will, als Flüchtlinge nach der GFK anzusehen sind, da sie die Kriterien erfüllen. Es kann aber Vertriebene geben, die nicht unbedingt diese Kriterien erfüllen. International werden sie trotzdem als schutzbedürftig anerkannt und geniessen dann zumindest einen komplementären Schutz. In regionalen Instrumenten wie der afrikanischen OAU-Konvention und der lateinamerikanischen Erklärung von Cartagena sind diese Menschen explizit als Flüchtlinge anerkannt. Auch für UNHCR gelten Menschen, die wegen Konflikten und Gewaltsituationen ihr Land verlassen mussten, als Flüchtlinge. In der

Schweiz erhalten solche Personen eine vorläufige Aufnahme, sofern sie die Kriterien der Flüchtlingsdefinition gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention nicht erfüllen.

Wie unterscheidet UNHCR zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten?
Ein Migrant verlässt seine Heimat üblicherweise freiwillig, um seine Lebensbedingungen zu verbessern.

Sollte er zurückkehren, genießt er weiterhin den Schutz seiner Regierung. Flüchtlinge hingegen fliehen vor drohender Verfolgung oder Konflikt- und Gewaltsituationen und können unter den bestehenden Umständen nicht in ihr Heimatland zurückkehren.

Dürfen Regierungen Personen abschieben, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden?
Wird im Rahmen eines fairen Asylverfahrens festgestellt, dass eine Person keinen internationalen Schutz benötigt, so befindet sie sich in einer ähnlichen Lage wie ein illegaler Ausländer und kann ins Herkunftsland zurückgebracht werden.

Wer gilt als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling („MUFL")?
*Gemäß Kinderrechtskonvention ist ein Kind „jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat". Als unbegleitetes Kind gilt, „… wer von beiden Elternteilen getrennt ist und für dessen Betreuung niemand gefunden werden kann, dem durch Gesetz oder Gewohnheit diese Verantwortung zufällt". Unbegleitete Kinder sind besonders gefährdet, da sie oft der Gefahr des Mißbrauchs ausgesetzt sind. UNHCR setzt sich speziell für den Schutz dieser besonders vulnerablen G*ruppe ein.
(Quelle: http://www.unhcr.ch/service/fragen-antworten/fluechtling.html)

Ein Afrikaner spricht Tacheles
Wer die Flüchtlingswelle kritisch beobachtet, stellt sehr bald fest, daß nicht nur die Sprachbegriffe, sondern auch die Fakten vernebelt werden. Es sind eben nicht alle diejenigen, die hierherkommen, „Flüchtlinge". Oft wurden sie nicht in die Flucht getrieben, sondern sie suchen „Wohlstand", wobei manche dies sogar offen zugeben.

Ein hoher afrikanischer Diplomat, „der Vertreter der Republik Kongo bei den Vereinten Nationen (UN), Serge Boret Bokwango,

nennt die Dinge beim Namen und spricht über die sogenannte „Flüchtlingspolitik“ der Europäischen Union. Dies berichtet der angesehene Publizist Michael Mannheimer am 19. August 2015. Er schreibt:

„Linke nehmen Flüchtlinge nicht aus Humanität auf, sondern aus Gründen ihres diabolischen Plans der Umvolkung Europas mit anderen, nicht-europäischen Völkern.
Wer die hiesige 24-Stunden-Propagandamaschinerie namens Medien über sich ergehen läßt, muß zum Eindruck kommen, daß die historisch gewaltigste Migrationswelle der Menschheitsgeschichte eine unabwendbare Naturkatastrophe ist, die ihren tragischen Ausgang in Afrika und dem Nahen Osten nahm – und in den westlichen Ländern, respektive in Deutschland, endet. Doch es werden uns die wahren Fakten verschwiegen:

- **nämlich daß korrupte afrikanische und islamische Regierungen seit Jahrzehnten ihre Völker in ein wirtschaftliches und soziales Desaster hineingeführt haben,**
- **daß die Aber- und Abermilliarden westlicher Entwicklungshilfe in aller Regel und nahezu vollständig in den Taschen der korrupten Militärs und islamischen Führer verschwanden,** und
- daß ungeachtet dessen seitens der linken Propaganda den westlichen Ländern immer noch ein Schuldgefühl wegen ihres kolonialen Erbes eingetrichtert wird (obwohl fast alle Untersuchungen zeigen, daß es den kolonialisierten Ländern damals wesentlich besser ging als heute).
- **Und es wird der eigentliche Plan der Linken verschwiegen, nämlich daß sie die Flüchtlinge nicht aus Humanität aufnehmen, sondern aus Gründen ihres diabolischen Plans der Umvolkung Europas mit anderen, nicht-europäischen Völkern.** Das millionenhafte Abziehen der jüngsten, kräftigsten und damit produktivsten afrikanischen Kräfte führt zu keinerlei Stabilisierung der dortigen Verhältnisse. Im Gegenteil: Afrika blutet an seinen Besten aus, und Europa wird durch vollkommen unqualifizierte Herzügler destablisiert und – sofern es Moslems sind – durch eine Religion bedroht, deren Hauptauf-

gabe die Islamisierung der gesamten Welt ist. Unsere Politiker und die an den Immigranten bestens verdienende Immigrantenwirtschaft (Pro Asyl, Caritas, Gewerkschaften etc.) importieren ein Gefahrenpotential, das in wenigen Jahren nicht mehr beherrschbar sein wird…“

(Michael Mannheimer, 19.08.2015)

Längst sucht sich unsere Regierung ein neues Volk…

Nun spricht der Vertreter der Republik Kongo bei den Vereinten Nationen (UN), Serge Boret Bokwango, Tacheles zur „Flüchtlingspolitik“ der Europäischen Union – und zwar in einer Form, die jedem Europäer eine sichere Strafanzeige wegen Rassismus und Volksverhetzung einbringen würde:

„Jene Afrikaner, die ich jetzt in Italien sehe, (…) verkaufen alles und jeden und prostituieren sich. Diese Leute, die als Krämer an den Stränden auftreten und in den Straßen der Städte auftreten, sind in keiner Weise repräsentativ für die Afrikaner in Afrika, die für den Wiederaufbau und die Entwicklung ihrer Heimatländer kämpfen.

Angesichts dieser Tatsache frage ich mich, warum Italien und andere europäische Länder sowie die arabischen Staaten es zulassen und tolerieren, dass solche Personen sich auf ihrem nationalen Territorium aufhalten.

Ich empfinde ein starkes Gefühl von Wut und Scham gegenüber diesen afrikanischen Immigranten, die sich so (…) aufführen, welche die europäischen Städte befallen. Ich empfinde aber auch Scham und Wut gegenüber den afrikanischen Regierungen, die den Massenexodus (…) nach Europa auch noch unterstützen.“

(Quelle: Serge Boret Bokwango, offener Brief auf der italienischen Nachrichten-Webseite „Julienews“, 8. Juni 2015, zitiert nach: http://michael-mannheimer.net/2015/08/19/der-vertreter-der-republik-kongo-bei-den-vereinten-nationen-un-serge-boret-bokwango-spricht-tacheles-zur-fluechtlingspolitik-der-europaeischen-union/#more-41716)

Diese Einschätzung eines Vertreters der Vereinten Nationen dürfte auch der deutschen Regierung bekannt sein. Und dennoch werden immer weitere Bemühungen unternommen, immer mehr „Gastarbeiter“ in die EU zu bekommen. Und Politiker sind sich nicht mal zu schade, diese als „qualifizierte Fachkräfte“ zu deklarieren.

Venetiens Ministerpräsident Zaia: „Wenn man dir hilft, bist du dankbar und forderst nicht".
Denn, so der Ministerpräsident: „Wenn du vor dem Tod fliehst, dann bist du dankbar dafür, daß dich jemand aufnimmt und täglich dafür zahlt, damit du ein Dach über dem Kopf und ausreichend zu essen hast. Wenn man dir hilft, dann kommst du nicht her und forderst."

Zur Einwanderungsfrage sagte Zaia: „Wir müssen ihnen bei ihnen zu Hause helfen. Wir können keine weiteren Einwanderer akzeptieren, wenn wir wissen, daß zwei von drei Einwanderern nie eine Anerkennung als Flüchtling erhalten werden, weil sie keine Flüchtlinge sind".

Das ist der springende Punkt, den manche tabuisieren möchten: „weil sie keine Flüchtlinge sind". Zaia sagte, daß zwei Drittel der täglichen Ankömmlinge, die eine bestimmte Politik, bestimmte Medien und bestimmte Kirchenvertreter ausnahmslos und wahrheitswidrig als „Flüchtlinge" bezeichnen, gar keine Flüchtlinge sind.

„Derzeit 20 Prozent der Asylanträge positiv" heißt doch wohl im Umkehrschluß …
…daß 80 Prozent abgelehnt werden. Sie sind illegale Einwanderer, die den Staat in den Ausnahmezustand versetzen, den Bürgern auf der Tasche liegen und allenthalben Unsicherheit verbreiten, also potentielle Betrüger. Sie müßten sofort abgeschoben werden. Doch nicht genug:

„Illegal" heißt „potentiell Betrüger"
Im Artikel (siehe Link unten) heißt es dann, daß eine zuständige sozialdemokratische Politikerin lediglich ihrer „Hoffnung" Ausdruck verlieh, daß „künftig" 40 Prozent der Anträge angenommen würden, statt der derzeit „20 Prozent". Im Umkehrschluß: Die Politikerin sagte ungeniert, daß 80 Prozent der Asylsuchenden, die den derzeitigen Asylnotstand verursachen, weder Flüchtlinge noch Asylberechtigte sind, sondern das, was viele Bürger ohnehin vermuteten, nämlich illegale Einwanderer auf der Suche nach dem persönlichen Vorteil. Man könnt auch sagen, diese Zahlen entpuppen die gigantische Lüge, mit der derzeit Fakten

für ein anderes Europa geschaffen werden.

Die rote Politikerin wurde bei diesem Eingeständnis gar nicht rot und scheint auch keinerlei Anlaß zu sehen, die aktuelle „Flüchtlingspolitik“ zu überdenken oder gar zu korrigieren. Zumindest Kirchenvertreter sollten aber klüger und vor allem ehrlicher sein als Politiker.

(Quelle zum Zaya-Zitat: http://www.katholisches.info/2015/08/13/kritik-an-asyl-appell-des-papstes-undifferenziert-80-prozent-der-ankoemmlinge-keine-fluechtlinge/)

Bewerber aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien haben praktisch keine Aussicht, in Deutschland als Asylberechtigte anerkannt zu werden. Mit 0,1 bis 0,2 Prozent sind ihre Chancen auf Anerkennung laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge extrem gering. Sie müßten direkt an der Grenze abgewiesen oder, falls schon in Deutschland, sofort abgeschoben werden.

Deutschland, das Weltsozialamt

Die Urteile des Bundessozialgerichts (BSG) stehen seit vielen Jahren in der Kritik, insbesondere in Arbeitgeber- und bürgerlichen Kreisen. Nach der Pensionierung des früheren BSG-Präsidenten Müller nahm das linke Verhängnis seinen Lauf. Das Gericht sieht sich häufig als Anwalt der angeblichen “Sozialschwachen“ und schiebt locker den vermeintlich „Starken“ die Verantwortung zu. So wird jeder Gang zum BSG zu einem unkalkulierbaren Risiko.

Immer öfter in den letzten zwanzig Jahren sieht das BSG unser Land offensichtlich als soziales Herzstück Europas – als Solidargemeinschaft, die vor allem Zahlmeister für europaweite Wohltaten aller Art zu sein hat.

Ich weiß zwar nicht, ob die Richter (pardon: und Richterinnen) fromme Christen sind. Jedenfalls klingen viele ihrer schrägen Urteile nach Math. 11,36: „Kommet alle zu mir, die Ihr mühselig und beladen seid, ich will Euch erquicken.“ 2014 fällte das BSG wieder ein solches Urteil – getragen von der Verantwortung of-

fenbar für die ganze Welt und berufen, der Menschheit Heil zuzusprechen. Damit haben die Richter Deutschland den Stempel „Sozialamt der Welt“ richterlich aufgedrückt.

Sozialamt Deutschland

Das Hartz-IV-Urteil des Bundessozialgerichts (salopp ausgedrückt: „Hartz-IV für alle – auch für „Zuwanderer“ aller Art“) ist ein weiteres fatales Signal auf dem Weg in ein anderes Land, ein „Neues Deutschland“. Dieses „neue“ Deutschland wird zunehmend „ent-deutscht“, Salafisten, Islamisten und deren Freunde machen sich unser Land zur Beute. Dadurch brechen bei uns neue Konflikte auf und alte werden verstärkt. Auf der Strecke bleibt die Aufdeckung der Ursachen: Nicht die Hooligans sind die Verursacher der Auseinandersetzungen, sondern die, die nicht bereits sind, in unsere (!) Gesellschaft einzutreten und sich in ihr zu integrieren.

Auf der Strecke bleibt auch die Beantwortung der Frage, wen wir eigentlich (unter welchen Voraussetzungen) bei uns noch alles aufnehmen sollen. Der Zusammenbruch unseres Sozialsystems rückt auch unter diesem Aspekt immer näher. Letztlich bleibt noch die Beantwortung einer generellen Frage auf der Strecke: **die Frage nach dem Selbstverständnis Deutschlands.** Der Begriff „unsere Nation“ wird ausgehöhlt. Wer wagt noch zu definieren, wer und was unsere Nation bedeutet?

„Europäische Freizügigkeit“ überstrapaziert

Es ist im Prinzip nichts gegen eine europäische Freizügigkeit einzuwenden. Sie sollte aber nur dann gelten, wenn man für sich selbst sorgen kann – Ausnahme selbstverständlich: echte Asylanten; da darf und muß jeder Staat großzügig sein. Wenn aber Kinder aus irgendeinem Drittweltland hier für Wochen und Monate ihre Eltern besuchen und dann die Segnungen unseres Sozialsystems in vollen Zügen in Anspruch nehmen können (Urteil des BSG), ist die Grenze der Solidarität bei weitem überschritten. Wer das Sozialsystem gefährdet oder gar zum Zusammenbruch führt, handelt nicht sozial, sondern ist unsozial, wenn diesen „Gästen“ die gleichen Sozialleistungen wie deutschen Staatsangehörigen versprochen und gezahlt werden.

Kretschmanns „Flüchtlingsgipfel“
Auf Winfried Kretschmanns „Flüchtlingsgipfel“ ging es – im Klartext gesprochen – eher um das Aufnehmen von Flüchtlingen aller Schattierungen, weniger um die Definition von (echten) Asylanten, also die von Unterdrückung, Folter oder Tod Bedrohten. Das „Asyl“ Kretschmanns und seiner Grünen gleicht eher einem Traumland, geschaffen von einer Ideologie des Multikulti-Paradieses, genährt, gestützt und mitgetragen von allen Bundestagsparteien und entsprechend „aufgeschlossenen“ Medien. Sie haben „Gästen“ und Zuwanderern längst ein Bleiberecht zur Selbstverständlichkeit werden lassen.

Selbst nach Angaben der Bundesregierung schiebe Deutschland zu wenige Flüchtlinge ab. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte auf Anfrage der „Welt“: „In der Durchsetzung der Ausreisepflicht besteht derzeit ein erhebliches Vollzugsdefizit.“ **Viele Menschen würden „dauerhaft im Bundesgebiet verbleiben, auch wenn sie unter keinem Gesichtspunkt – auch nicht humanitär – für ein Aufenthaltsrecht infrage kommen“.**

Sogfaktor Deutschland
Die geringe Zahl der Abschiebungen, z. B. bis jetzt gerade mal rd. 8.000 in 2015, ist nach Angaben des Ministeriums ein Hauptgrund für die stark angestiegenen Flüchtlingszahlen. In Übereinstimmung mit Erkenntnissen auf EU-Ebene gehe man davon aus, daß das „bestehende Vollzugsdefizit im Bereich der Aufenthaltsbeendigung ein wesentlicher Sog-Faktor nach Deutschland ist“. Auch Schleuser würden raten, einen Asylantrag in der Bundesrepublik zu stellen, weil Abschiebungen hierzulande „oftmals nicht durchgesetzt“ würden.

Noch einmal: Menschen in Not muß geholfen werden, aber nicht nur durch deutsche Leistungen, sondern aller „wohlhabenden“ Staaten. Wir aber, besser gesagt: das BVG, ziehen die Rosinenpicker an, die nach Deutschland kommen, weil sie hier reichlich „Milch und Honig“ zu finden wähnen. Wer eine solche Politik auch noch fordert und fördert – die grünen Gutmenschen lassen grüßen – leistet Beihilfe zum staatlichen Ende.

Wie unsere Medien die Wahrheit verbiegen

Schon oft haben wir über Manipulationen, Desinformationen und Meinungsmache vieler Medien berichtet. Wir sind es gewohnt, daß bei „Migrationshintergrund“ die Herkunft von Tätern verschwiegen oder gar falsch angegeben, Probleme verneint und Zahlen statistisch manipuliert werden. So lesen wir denn auch Tag für Tag, „die Deutschen“ würden die „Flüchtlinge“ mit offenen Armen aufnehmen und könnten gar nicht genug davon bekommen. Die Realität ist anders, ganz anders. Ein paar Beispiele:

Viele unserer Medien geben ausländischen Mördern, Vergewaltigern und sonstigen Schwerverbrechern deutsche Vor- oder sogar deutsche Nachnamen. Sie wollen uns damit vorgaukeln, daß von „Flüchtlingen“ kaum Gefahr ausgeht – siehe auch das Verschweigen ausländischer Täterherkunft in der Kriminalstatistik.

Auch der Gutmensch Gauck, seines Zeichens Bundespräsident, scheut sich nicht, zu solchen Methoden zu greifen und Tatsachen auf den Kopf zu stellen, wie z. B. bei seiner berüchtigten Weihnachtsansprache, in der er vor Fremdenhaß warnte. Brav so! Wenn er aber gleichzeitig als Beweis für diesen Fremdenhaß anführt, Deutsche würden z. B. auf Bahnhöfen Fremde nur deshalb angreifen, weil sie Ausländer seien – in Wirklichkeit ist es genau andersherum – dann läßt er sich vor den Karren antideutscher Propaganda spannen.

„Rechte“ Gewalt angeprangert, „linke“ Gewalt verschwiegen

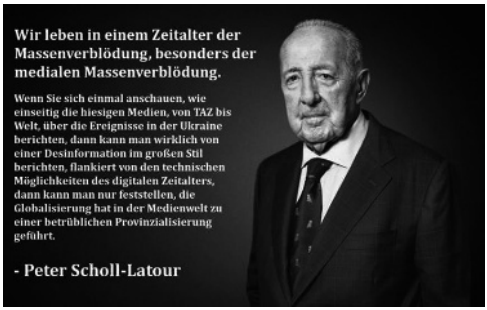
Dazu gehört selbstverständlich auch die Überbetonung „rechter“ Taten und das Herunterzonen, wenn nicht gar Verschweigen „linker“ Gewalt. Seit Jahren lesen und hören wir von den Folgen „rechter“ Gesinnung z. B. beim NSU, der (mindestens) neun Ausländer umgebracht hat. Daß in derselben Zeit 6.300 Deutsche das Opfer ausländischer Mörder (zumeist Moslems) wurden (nachzulesen beim BKA) – was einem Schnitt von einem ermordeten Deutschen pro Tag entspricht. – darüber liest man wenig oder gar nichts.

Solche Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Sie alle zeigen, daß unsere Medien unter dem Diktat der „political correctness“

stehen, gesteuert von linksgrünen Ideologen, die die Standards der political correctness erfanden. Das fällt ihnen umso leichter, als sie – auch darüber berichteten wir mehrmals - an zentralen Positionen wie Medien, Erziehungswesen, Politik, Kirchen und Gewerkschaften sitzen, z. B.:

https://conservo.wordpress.com/2015/07/21/mut-gegen-links-weg-mit-dem-maulkorb-der-political-correctness/#comments oder: https://conservo.wordpress.com/2015/08/09/linke-mediendiktatur-journalisten-meilenweit-weiter-links-als-die-buerger/

Diese „political correctness“ hat unzählige linke und weniger linke Köpfe ergriffen wie eine Seuche und steuert sich nach dem Prinzip der Schwarm-Intelligenz quasi von selbst. Man „weiß”, was man als Drehbuchautor oder Journalist zu schreiben hat. Man „weiß”, was aus politisch „korrekter” Sicht ankommt und was nicht.



„Warum bewegt sich so wenig?“

Diese Frage stellt Alf Fink an den Beginn seines lesenswerten Artikels auf „JouWatch“: „Die meisten Menschen nehmen Informationen nur von den Staats-, Leit- und System-Medien auf, und diese sind links-grün gepolt (Manipulations-Medien).

Die Leute haben durch das Eingespanntsein in die Arbeit und die übrigen Pflichten kaum Zeit, sich aus kritischen Quellen im Internet zu informieren. Deshalb beziehen sie ihre Informationen – wenn überhaupt – nur aus den oben genannten Medien („ich lese täglich bißchen Zeitung und schaue evtl. Tagesschau oder heute“).

Die Menschen wollen sich in ihrem Dasein bequem einrichten und sich nicht mit negativen Informationen oder der Zukunft

beschäftigen („ich möchte was vom Leben haben und mich nicht ständig mit Politik beschäftigen“). Sehr viele interessieren sich nicht für Politik („versteh ich nicht, ist mir zu hoch, die machen eh, was sie wollen“)

Opposition wird unter der Herrschaft von Links-Grün im Keim erstickt oder diffamiert. Einst haben die Linken und Grünen in der Bundesrepublik alle Freiheiten der Opposition genutzt – heute unterdrücken sie nach Möglichkeit alle Andersdenkenden in einem seit 70 Jahren nicht dagewesenen Ausmaß. Sie haben sogar ihre eigenen Truppen: die sogenannte Antifa.

Dreh- und Angelpunkt für eine Änderung sind die Massenmedien, die die Meinung der Bevölkerung formen. Aber die Medien sind links-grün beherrscht. Die Chefs hängen meistens unreflektiert einer linken Ideologie an. Und die Journalisten sind abhängig Beschäftigte, die gelernt haben, durch Ignorieren der Probleme und Gefahren am wenigsten Ärger zu bekommen.

Worauf kann man noch hoffen?

Zum Glück haben wir das Internet mit seinen Foren, Blogs und kritischen Seiten, wo die Fakten (z. B. Einzelfälle), Probleme und nonkonformen Meinungen gesammelt, offenbart und kommentiert werden.

Seit 2014 werden die Manipulationsversuche von Regierung und Massenmedien immer offensichtlicher, und die Kritik im Internet nimmt zu. Das merken auch die Manipulateure und ziehen deswegen die Sanktions-Schrauben an, was wiederum den Protest wütender macht. Möglicherweise werden durch den Asyl-Irrsinn spätestens im Winter mehr Bürger wach.

Eine letzte Hoffnung vor dem Untergang sind Wahlen. Positives Beispiel ist Dänemark, das auf diesem Wege dem Wahnsinn Einhalt geboten hat. Dann werden sich auch die Medien mittelfristig umorientieren, was sich wiederum auf die Einstellung der Bevölkerung auswirkt. Good Luck, old Germany!
(http://journalistenwatch.com/cms/bestandsaufnahme/)

„Dublin-Abkommen quasi außer Kraft“
Daß so viele Flüchtlinge von Dublin-Vertragsstaaten einfach nach Deutschland durchgeschleust würden, erregt sich Bayerns In-

nenminister Joachim Herrmann (CSU), sei „nicht akzeptabel". „Die klaren und eklatanten Rechtsverstöße haben das Dublin-Abkommen quasi außer Kraft gesetzt." Dublin, so bestätigt auch Thomas Strobl, Vize im Bundesvorstand der CDU, „funktioniert im Moment nicht".

Jetzt wird in den zuständigen Behörden und Ministerien eine harte Strafaktion gegen die vertragsbrüchigen europäischen Nachbarn erwogen. Sie wäre einfach, verwegen, und – besonders verführerisch – sie wäre legal.

Laut Grundgesetz (Art. 16a) haben Flüchtlinge, die über ein sicheres Land (Drittstaat) nach Deutschland kommen, hier keinen Anspruch auf Asyl. Sie können unverzüglich in das sichere Land zurückgeschickt werden. Würde die Drittstaatenklausel heute angewendet, könnte Deutschland Tausende von Asylsuchenden, die jeden Tag etwa über Italien, Griechenland oder Österreich einreisen, dorthin zurückschicken und darauf pochen, die Asylanträge in diesen Ländern zu stellen.

Eine derartige Maßnahme könnte zeitlich begrenzt sein. Sie würde einige Staaten empfindlich treffen – und sie so womöglich disziplinieren. „Rechtlich", so bestätigt der Staatsrechtler und frühere CDU-Bundesminister für Verteidigung Rupert Scholz, sei das ohne Frage möglich. Er warnt: „Politisch würde dieser Schritt jedoch zu massiven Verwerfungen führen." Die Empörung in Europa wäre groß – deswegen macht es Deutschland nicht" (Auszug aus einem Artikel von Focus-online, zitiert nach pi 17. August 2015).

Kein Vertrauen in die Berichterstattung

60 Prozent der Deutschen, so eine Studie im Auftrag der Wochenzeitung „Die Zeit", haben wenig oder gar kein Vertrauen in die politische Berichterstattung im Land. Das hat was mit „Gefühl" zu tun. Die meisten Medienkonsumenten wissen es nicht, aber ahnen, daß „irgendetwas faul" ist bei so mancher Berichterstattung bzw. Kommentierung. Die Erklärung liegt auf der Hand:

„Zu den Gesetzen des Medienmarktes gehören die Lüge und die Desinformation". Dieser Ansicht ist der Redakteur beim Deutschlandfunk, Jürgen Liminski (St. Augustin bei Bonn). „Wir werden

von den Medien manipuliert. Das ist eine Binsenwahrheit“, sagte er bei einer Podiumsdiskussion an der Universität Marburg. Das hänge auch damit zusammen, daß die Welt der Medien ideologisiert sei.

Schaut man sich mit kritischen Augen die Medienlandschaft unseres Landes an, wird deutlich, wie recht Liminski hat. (Ein Wunder, daß er noch beim Deutschlandfunk arbeiten darf.) Vielleicht hat das eine mit dem anderen nichts zu tun, aber man muß eine auffällige Entwicklung konstatieren: Auflagen und Einschaltquoten sinken, zum Teil dramatisch, und auf der anderen Seite steigt die Verbissenheit und Verbohrtheit der überwiegend linksgrünen Journalisten, mit denen sie uns Tag für Tag zu manipulieren versuchen.

Der ständige Versuch gewisser Medien, uns einzureden, wir könnten noch mehr „Flüchtlinge“ aufnehmen und auch bezahlen, ist geradezu aufdringlich. Vor allem öffentlich-rechtliche Medien und BILD hämmern uns fast täglich ein, wie „willkommen“ doch die Fremden seien. Ihre Prozentzahlen darf man getrost bezweifeln. Eine große Mehrheit der Teilnehmer einer GfK-Umfrage hat eine völlig andere Meinung, und sie haben Angst. Bestätigt wird dies eindrucksvoll auch von einer Klick-Umfrage zu einem T-Online-Artikel: Die angebliche Unterstützung für „mehr Geld für Flüchtlinge“ – wie z. B. BILD festgestellt haben wollte – steht plötzlich auf dem Kopf: 86 Prozent wollen die Leistungen für Asylbewerber kürzen. Die erdrückende Mehrheit der fast 39.000 Teilnehmer im Netz will die Sparbehandlung.

(Quelle:: http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/peter-harth/was-medien-verschweigen-die-angst-vor-fluechtlingen-ist-so-gross-wie-noch-nie.html;jsessionid=6E7133FF29DF8C5B9A7F8CF9CCE1F941)

Kampfansage: Multikulti gegen deutsche Heimat

Ein ehrliches, tiefes Heimatgefühl und ein gesunder, stolzer Patriotismus sind elementar für unser Land. Wenn wir nicht stolz auf unser Land sind, wie können wir dann von Zuwanderern erwarten, daß sie ein Gefühl zumindest des Respekts gegenüber unserer Art zu leben entwickeln?

Was bewegt uns denn dann, unsere „Heimat“ zu gefährden, ja letztlich aufzugeben? Politisch korrekte Menschen – mit der Mo-

ralschere der „Frankfurter Schule“ im Kopf – hämmern uns seit Jahrzehnten ein, daß wir nicht „stolz auf unser Land sein“ dürfen. Sie wollen den Neuen Menschen, eine andere Natur. Da stört Heimatbindung – das krasse Gegenbild zu Multikulti. Das widerstandslose – bzw. bei Grün/Rot begeisterte – Abnicken des Multikulturalismus durch Medien und Politik – gemeint sind die „etablierten Parteien“ – leistet der Entwicklung zur „Ent-Heimatung“, Entwurzelung und Entnationalisierung Vorschub. Genau das ist ihr Ziel!

Die Angst wächst

Multikulturalismus ist eine Kampfansage an unsere Heimat, an das Wohlgefühl unserer Nation. Heimat ist für den deutschen Volkskundler Bausinger „eine räumlich-soziale Einheit mittlerer Reichweite, in welcher der Mensch Sicherheit und Verläßlichkeit seines Daseins erfahren kann, sowie ein Ort tieferen Vertrauens“ (lt.Wikipedia). Dieser „Ort des Vertrauens“ ist also eine gefühlte, vertraute Umgebung. Je mehr Fremde in diese Umgebung einströmen und sich dieser Heimat nicht anpassen wollen, desto mehr wachsen die Unsicherheit und das Unwohlsein des angestammten Bürgers. Die Angst vor Verfremdung wächst, auch die Angst vor etlichen „Fremden“.

Politisch nicht korrekt? – Also Nazi oder Faschist…

Die Maßstäbe in unserem Land haben sich vollkommen verschoben – dank rotgrüner Wühlarbeit. Diese Maßstäbe werden von Begriffen definiert. In der Frankfurter Schule hat man gelernt: „Sprache ist Macht“. Wer die Begriffe besetzt, beherrscht die Sprache – und damit den politischen Diskurs.

Nach allgemeinem Verständnis waren bis zur Frankfurter Schule *Faschisten* Menschen, die für ein totalitäres Regime eintraten, die nichtfaschistische Menschen ausgrenzten, unterdrückten oder ermordeten – eine Herrenideologie.

Heute wird jemand als Faschist oder Nazi beschimpft, der die Barbarei des Islam verurteilt, die tradierte Familie (Vater, Mutter, Kind) für schützenswert hält, Gewalt verurteilt – natürlich auch die Gewalt von links oder rechts – und sein Land und dessen gute Traditionen liebt und pflegt.

Politisch kastrierte Denkweise – die Macht des Zeitgeistes

Obwohl unsere Verfassung jedem Bürger garantiert, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern zu dürfen, beherrschen Sprech- und Denkverbote die bundesdeutschen Debatten. Das funktioniert ohne sichtbaren staatlichen Zwang, schließlich heißt es im Artikel 5, Absatz III des Grundgesetzes ja auch ausdrücklich: „Eine Zensur findet nicht statt." Trotzdem laufen wir mit einer Schere im Kopf herum, die alle politisch inkorrekten Gedanken ausmerzen soll.

Die Folge der solcherart kastrierten Denke: Wir übernehmen linke Plattheiten, als seien sie in Stein gemeißelte Bibelprüche, und schlucken Beleidigungen, als ob es Streicheleinheiten wären. Der bekannte Publizist Michael Mannheimer schreibt dazu:

Die Lügen-Märchen

In unsicheren Zeiten wie den heutigen ist nur eines sicher: Nirgendwo wird so gelogen wie beim Asyl. Bereits der Begriff „Asylant" ist eine Lüge. Denn bei den meisten Immigranten handelt es sich eben nicht um Asylanten im Sinne des deutschen Asylgesetzes und der UN-Definition zu Asyl. 96–98 Prozent aller zu uns hierher Kommenden sind Wirtschaftsflüchtlinge. Und hier steckt bereits die zweite Lüge: „Flüchtlinge". Es handelt sich bei der absoluten Mehrheit dieser „Flüchtlinge" um sogenannte Armutsmigranten, um Abenteurer, Glücksritter – und, was deren Anteil an Moslems anbetrifft, oft um Invasoren. Denn der Islam befiehlt die Islamisierung der Welt. Moslems wird im Koran befohlen, sich nicht in nichtislamische Gesellschaften zu integrieren (z.B. Sure 5:51). Man darf umgekehrt davon ausgehen, dass nahezu alle uns genannten „Fakten" zur Asylantenschwemme geschönt, getürkt, verlogen - und wahre Daten schlichtweg verheimlicht werden. Ganz vorne bei diesen Lügnern sind ARD&ZDF, gefolgt von allen andern TV-Sendern sowie von fast allen sog. Printmedien.

(Michael Mannheimer, 14.8.2015)

Unglaubliche Kosten der „Asylitis“

Kosten der Flüchtlingskrise: jährlich 45 Milliarden Euro – oder mehr?

Auf dem Global Economic Symposium des IfW nannte Prof. Matthias Lücke vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) folgende (geschätzte) Zahl: Er rechnet mit **jährlichen Kosten** für den Flüchtlingszustrom allein in Deutschland von 45 Milliarden Euro, wie gesagt: pro Jahr!

(Quelle: Focus Online)

Sein Kollege, der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen weist auf eine besondere Gefahrenlage hin: Die deutschen Sozialversicherungssysteme seien nach seiner Ansicht in keiner Weise auf die Zuwanderung von mehr als einer Million Menschen vorbereitet. „Die Folge werden massive Steuererhöhungen sein“, sagte Raffelhüschen vor der Fachtagung „Steuern – Recht – Wirtschaft“ der Steuerberaterkammer Mecklenburg-Vorpommern.

(Quelle: Welt Online)

„Jährlich 45 Milliarden Euro für den „Flüchtlingszustrom“! Da fragt der mündige Bürger sich natürlich, warum für marode Brücken, kaputte Straßen, heruntergekommene Schulen, etc. angeblich nie Geld da war und nun die Regierung so viel Geld hat, dass sie es mit vollen Händen „herausschmeißen kann“. Und sind die Deutschen dann auch noch bereit, für größtenteils ungebildete und teils primitive Invasoren, massive Steuererhöhungen zu akzeptieren?“ So beißend ätzt „International Halle max“ (am 20.10.15). Weiter heißt es:

Ein Mathematiker braucht man wahrhaftig nicht zu sein, um zu ermitteln, welche Geldmengen benötigt werden, um die Asyl-Kosten für diesen Irrsinn zu bestreiten. Was jetzt abläuft, ist der Beginn des finalen Todesstoßes gegen die deutsche Nation. Hilflos, wehrlos und identitätslos werden die Deutschen ihren eigenen Untergang sogar noch bezahlen. Ein solches Szenario ist bisher einmalig in der Menschheitsgeschichte. Deutschland wird verkommen, die ersten Anzeichen sind schon überall zu erkennen, wie das Beispiel VW zeigt. Merkel hat viel erreicht, sie gefährdet Deutschland.

(Quelle: http://www.hallemax.com/index.php/12-nachrichten-deutschland/660-fluechtlingskosten-jaehrlich-45-milliarden-euro-massive-steuererhoehungen)

„Wir zahlen alles, für alle, die hier sind – bis zur Ausreise“
Eine Zusammenstellung*) dringend erforderlicher Ausgaben der deutschen Willkommenskultur für Asylanten (0,2 Prozent), Geduldete (32,1 Prozent) und Illegale (67,7 Prozent) zeigt die Bandbreite der Zahlungen und die finanzielle Herausforderung, vor der wir alle stehen:

Vorweg: In Deutschland befinden sich derzeit 1.147.054 Neubürger, die auf der Asylschiene ins Land gekommen sind. 700.000 werden 2015 insgesamt erwartet. Von den bisher im Jahr 2015 eingereisten 302.415 Asylforderern wurden bislang 1.131 als politisch Verfolgte nach Art. 16a GG anerkannt. 40.035 weitere Personen wurden aus verschiedensten Gründen unter Abschiebungsschutz gestellt. Für den Rest wird bis zur Ausreise weitergezahlt. Gerne auch, wenn sie nächstes Jahr wiederkommen.

Zusammenfassung dieses Teils:
Es findet über die Asylschiene eine Einwanderung in die deutschen **Sozialsysteme** statt. Zum Beispiel vom Balkan und aus Palästinensergebieten kommen Personen gezielt wegen **medizinischer Versorgung**. Nach der Erstaufnahmephase sind die Gemeinden für die medizinischen Kosten zuständig. Wegen des hohen Flüchtlingsaufkommens werden Personen teilweise ohne die üblichen Reihenuntersuchungen auf die Gemeinden verteilt. In einzelnen Gemeinden befinden sich Personen, die mehrere Zehntausend Euro pro Jahr an medizinischen Kosten verursachen. Die Bundesländer erstatten unterschiedlich und nur in Härtefällen. Rund ein Viertel der Asylbewerberleistungen fallen für „besondere Leistungen“ an, wohinter sich i.d.R. medizinische Leistungen verbergen, die über die akute Notversorgung hinausgehen. Dauert ein Asylverfahren länger als 15 Monate, so haben die Betroffenen einen Anspruch auf den Sozialhilfesatz (399 € pro Monat statt 359 €). 2009 betraf dies ein Drittel der Asylbewerber, 2013 gar 16 Prozent. Nach 48 Monaten kommt ein Anspruch auf „Hilfen zum Lebensunterhalt“ dazu, wozu auch eine reguläre Sozialversicherung nach deutschen Standards gehören kann.

Nach Abschluss des Asylverfahrens haben Asylanten Anspruch auf die gesetzlichen Sozialleistungen, die Geduldeten weiterhin

Anspruch nach Asylbewerberleistungsgesetz, welches nach 15 Monaten auf Sozialhilfe-Niveau aufgestockt wird. Die abgelehnten Asylbewerber erhalten bis zur Ausreise Asylbewerberleistungen. Allerdings erlischt dieser Anspruch, wenn sie innerhalb eines Jahres erneut einreisen. Deswegen ziehen es vor allem die Menschen europäischer Herkünfte vor, Deutschland vor Beendigung des Asylverfahrens zu verlassen, um bei erneuter Einreise sofort wieder Anspruch auf Asylbewerberleistungen zu haben. (Alle Angaben ohne Gewähr, da von Laien anhand der vorgefundenen Fälle und Statistiken zusammengestellt.)

Verschiedene Personenkreise in der Asyl-Industrie und ihre Ansprüche
(Angaben nach Politically Incorrect)

1. Kontingentsflüchtlinge: von DRK u. ä. Organisationen in Flüchtlingslagern ausgewählte Personen, die kein Asylverfahren durchlaufen, auf Staatskosten als komplette Familien nach Deutschland gebracht werden und sofort eigene Wohnungen und eine Arbeitserlaubnis sowie gesetzliche Sozialversicherung erhalten.

2. Asylanten: als politisch verfolgt anerkannt, Schutz gilt 3 Jahre, danach automatisch unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, falls BAMF nichts anderes verlauten läßt, Sozialstandards wie 1.

3. Personen im Asylverfahren = Asylbewerber. 1) Personen, die nicht in einem anderen Dublin-Staat registriert wurden, b) Personen, die in einem Dublin-Staat registriert wurden (für das Asylverfahren ist eigentlich der andere Staat zuständig, solange sie sich in Deutschland aufhalten, muß der deutsche Staat aber für sie sorgen, derzeit winken vor allem Italien und Österreich Asylbewerber direkt nach Deutschland durch), Sozialstandards nach Asylbewerberleistungs-Gesetz, d.h. 40 € unter Sozialhilfesatz + Wohnung + Heizung sowie medizinische Notfallversorgung.

4. Abgelehnte Geduldete: sind nicht politisch verfolgt, dürfen aber aus x-verschiedenen Gründen bleiben (Bürgerkrieg, Krankheit…). Schutz und Aufenthaltsgenehmigung wie bei anerkannten Asylanten, Sozialstandards wie bei Asylbewerbern.

5. Abgelehnte Ausreisepflichtige: werden bis zu ihrer Ausreise weiter mit Asylbewerberleistungen alimentiert! Sofern diese vom Sozialamt gekürzt werden, kann dagegen geklagt werden.

Die meisten abgelehnten Asylbewerber bleiben in Deutschland

Unter den Ausreisen und Abschiebungen sind nicht nur Asylbewerber, sondern auch Personen mit abgelaufenen Visa:

2013: 127.023 Asylanträge – 6.449 Ausreisen – 10.197 Abschiebungen

2014: 202.834 Asylanträge – 10.880 Ausreisen -10.884 Abschiebungen

Beispiele für Ausgaben für Einwanderer im Gesundheitssystem

Beispiel Berlin:

Der Focus berichtet von Asylbewerbern, die gezielt wegen medizinischer Versorgung nach Deutschland kommen. Der 32jährige aus dem bosnisch-herzegowinischen Bijelnjina zieht an der Zigarette. Seine Frau Jasmin trägt die sieben Monate alte Tochter auf dem Arm. „Ich brauche einen Arzt für mein Kind“, sagt Ganic in Deutsch mit leichtem Akzent. „Sie kann ihren Arm nicht richtig bewegen, und in Bosnien kann ich mir keinen Arzt leisten.“ Deshalb steht er jetzt hier vor der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge, um im gelobten Land Asyl zu beantragen. Es ist kein fremdes Land für den Familienvater. Während des Bosnienkriegs in den 90ern flohen seine Eltern in die Bundesrepublik. Der kleine Damir ging hier zur Schule, lernte die Sprache – und mußte alles zurücklassen, als seine Eltern in ihre Heimat zurückkehrten.

„Ich hatte kein leichtes Leben in Bosnien“, erinnert sich Ganic. Der Vater versoff Haus und Hof, die Ehe scheiterte. Eine Schule besuchte der Junge nicht mehr, mit Gelegenheitsjobs kam er über die Runden. Seit fünf Jahren ist er arbeitslos. „Hier würde ich jeden Job annehmen“, versichert Ganic. In der Zeitung habe er gelesen, daß man in Deutschland Asyl bekommen könne. „Ich hoffe, daß wir bleiben dürfen.“

Hinter Ganic steht eine Palästinenserin. Sie hat ihre Schwiegereltern nach Deutschland geholt. Der Schwiegervater benötigt nach einer Lebertransplantation dringend Medikamente. Er hat gute Chancen, bleiben zu dürfen.

Mitgefühl mit den Balkanflüchtlingen ist der 28jährigen fremd. Hier würden Unmengen von Menschen aufgenommen, die Hilfe nicht benötigten und die Ämter überfordern würden. „Die haben keine Chance auf Asyl, trotzdem erhalten sie Geld. Das ist ein völlig falscher Anreiz“, schimpft sie.

Dabei vergißt die Palästinenserin offenbar, daß es ein eigenes Gesundheitssystem ausschließlich für Palästinenser gibt. In dieses zahlt Deutschland über die EU jährlich Millionen ein. Unter Palästinensern ist dennoch das Auswandern aus gesundheitlichen Gründen sehr beliebt, man denke nur an Kulleraugenmädchen Reem, die wegen ihres Beines kam. Der Spiegel beschreibt den illegalen Einwanderungsfall einer Palästinenser-Familie mit zwei schwerstbehinderten Jungen, deren Medikamente alleine jeweils 10.000 € im Monat verschlingen. Die Jungen leiden an einer degenerativen Erbkrankheit, die im arabischen Raum wegen Jahrhunderten islamischer Cousinen-Ehen sehr verbreitet ist. Mit den Folgen dieser Steinzeitreligion wird das deutsche Gesundheitssystem zunehmend konfrontiert. Ebenso lockt das deutsche Gesundheitssystem den Balkan an:

Die meisten Flüchtlinge aus dem Balkan wissen sehr genau, daß sie keine Chance auf Asyl haben. Sie kommen trotzdem, um sich ärztlich behandeln zu lassen und um ein paar Monate ein einigermaßen sorgenfreies Leben führen zu können. „Das streitet auch keiner ab“, schildert eine Mitarbeiterin der Ausländerbehörde die Situation.

Für die medizinische Versorgung wendete das Land **Berlin 23,4 Millionen Euro** auf. Flüchtlinge genießen einen ähnlichen Status wie gesetzlich Versicherte. Aufwändige Behandlungen wie Zahnersatz oder künstliche Befruchtung müssen extra beantragt werden.

Medizinische Härtefälle unter den Geduldeten in NRW

Die WAZ berichtet von Geduldeten, die einzelnen Gemeinden

schwer auf der Tasche liegen: Auch die Kosten für die medizinische Versorgung bringen einige Städte an die Leistungsgrenze. „Wir haben seit geraumer Zeit zwei Fälle, die insgesamt jährlich rund 135.000 Euro an Kosten verursachen“, sagte der Allgemeine Vertreter des Winterberger Bürgermeisters, Ludger Kruse, jüngst in einer Ausschußsitzung. Die Städte müssen pro Jahr und Person bis zu 70.000 Euro selbst übernehmen. Erst was darüber hinausgeht, wird vom Land übernommen. Kruse: „Ein Fall liegt über dieser Grenze, der andere nicht.“

Also stellte die Stadt einen Antrag bei der Bezirksregierung, der aber auch negativ beschieden wurde. „Eine Kostenerstattung über die 70.000 Euro hinaus ist offenbar unter anderem an Fristen und Einreise-Daten gebunden. Und da fallen wir durchs Raster“, so Ludger Kruse. Die betroffene Person in Winterberg befindet sich in einem Duldungsstatus. Kruse: „Vermutlich wird sie geduldet, weil sie schwerkrank ist.“ Die Kostenübernahme sei aber doch eine staatliche Aufgabe und nicht die einer Kommune.

Die 70.000er Marschroute stößt bei den Städten auf Unmut. Auch in Hallenberg gab es vor einigen Jahren zwei Krankheitsfälle, die schlußendlich die Finanzen einer kleinen Stadt belastet hatten.

Merke: Der Duldungsstatus kommt einer Gleichstellung im deutschen Gesundheitssystem nach den Vorgaben der gesetzlichen Krankenversicherung gleich. In NRW gibt es 36.000 Geduldete.

Staatsausgaben nach Asylbewerberleistungsgesetz 2013
2013 gab der deutsche Staat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1,5 Mrd. € aus. 76 Prozent wurden für Regelleistungen verwendet, 24 Prozent für „besondere Leistungen“, worunter sich hauptsächlich medizinische Leistungen verstecken.

Zum Stichtag 31.12.2013 erhielten 224.993 Personen Leistungen als Asylbewerber. Diese Zahlen werden sich ab dem Jahre 2015 ver-x-fachen.

Asylbewerber-Leistungen auf Sozialhilfe-Niveau nach 15 Monaten

Ist ein Asylbewerber 15 Monate in Deutschland, bekommt er mehr Geld: Asylbewerber-Leistungsgesetz § 2: Leistungen in besonderen Fällen

(1) Abweichend von den §§ 3 bis 7 ist das Zwölfte Sozialgesetzbuch auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, **die sich seit 15 Monaten ohne wesentliche Unterbrechung im Bundesgebiet aufhalten** und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben.

Im Sozialgesetzbuch XII geht es um Sozialhilfe. Zum Vergleich: Der Asylbewerber-Regelsatz beträgt 359 € pro Monat, der Sozialhilfesatz 399 € pro Monat. Zusätzlich müssen Wohnung und Heizung gezahlt werden.

Nach 48 Monaten stehen Asylbewerbern noch ausgedehntere „Hilfen zum Lebensunterhalt“ zu. Außer Miete und Heizkosten können dies sein: Mehrbedarf, Einmalleistungen, Übernahme von Mietschulden sowie Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungsbeiträge. 2013 hatten 16 Prozent der Asylbewerber Anspruch auf „Hilfen zum Lebensunterhalt“.

Eine solche Statistik liegt für 2014 noch nicht vor, zumindest wurde keine veröffentlicht. Zu beachten ist, daß

a) in der Zwischenzeit die Zahl der Asylbewerber drastisch gestiegen ist

b) daß diejenigen aus der Statistik fallen, deren Asylverfahren abgeschlossen ist. Da kaum abgeschoben wird, müssen auch diese Personen versorgt werden, sofern sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Wie viele das sind, steht in den Sternen.

Die Grenze nach oben ist offen, so können zum Beispiel Balkan-Familien hier sehr viel mehr Geld einnehmen als in ihrer Heimat:

Es wird so lange gezahlt, bis jemand arbeitet oder ausreist. „Bei einer Familie kommen da schnell 1000 Euro im Monat zusammen“, rechnet CDU-Experte Dregger vor. „Bei einem Durch-

schnittslohn von vielleicht 300 Euro auf dem Balkan ist das ein großes Lockmittel."

Unter die Personen in NRW laut Sozialbericht 2013, die „Mindestsicherungsleistungen" bezogen haben, fallen Arbeitslose, Rentenaufstocker, Erwerbsunfähige und Behinderte. Hinzu kommen die Asylbewerber mit 57.000 Personen. Doch wie viele auf der Asylschiene Eingewanderte befinden sich in den übrigen Posten? 189.000 Ausländer sind alleine in NRW arbeitslos gemeldet, dazu kommt noch der Familienanhang. Wie viele über Asyl Eingewanderte sind dabei? Diese Folgekosten werden nicht ausgewiesen.

Die NRW-Gemeinden müssen nach Recherchen eines Landtagsabgeordneten 36.000 Geduldeten den Lebensunterhalt bezahlen – ohne jede Kostenerstattung.

Der Spezialtrick der „Asylbewerber" vom Balkan

Es lohnt sich aber nicht nur der lange Aufenthalt in Deutschlands Sozialsystemen, sondern auch der wiederholte Asylaufenthalt:

Die meisten abgelehnten Bewerber reisen freiwillig zurück. Bei einer Abschiebung würde nämlich ein generelles EU-Einreiseverbot ausgesprochen. Gehen sie von sich aus, können sie später erneut einen Asylantrag stellen. Manche tun das sogar regelmäßig. Mehr als jeder dritte Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina hat bereits ein gescheitertes Antragsverfahren hinter sich, so ein Experte aus dem Innenministerium.

Damit sind die Balkan-Herkünfte von außerhalb der EU besser gestellt als die Arbeits- und Armutsmigranten aus Rumänen und Bulgarien; denn diese unteren Schichten werden in den Ruhrgebietsstädten „nur" mit Gesundheitsversorgung und Beschulung versorgt. Das gilt auch noch nach der kürzlich erfolgten „Verschärfung" des Aufenthaltsrechts für Asylbewerber, denn Gummi-Paragraph 11 erlaubt in Absatz 6 nach einem Ablehnungsbescheid die Wiedereinreise nach einem Jahr.

Weniger Service für die Steuerzahler: Personal-Versetzung in Gemeinden

Dem bayerischen Landkreis Fürstenfeldbruck gehen die Unterkünfte für Asylbewerber aus. Landrat Thomas Karmasin (CSU) stimmte die Einwohner am Dienstag auf harte Maßnahmen ein. Unter anderem soll Personal aus den Servicestellen und den Verwaltungsämtern abgezogen werden, um dem Zustrom von Asylsuchenden Herr zu werden. Bürger müßten sich deswegen auf längere Wartezeiten einstellen, berichtet der Münchner Merkur. […]

Werden Parkhäuser zu Goldgruben?

Auch diese geniale Idee stammt aus Fürstenfeldbruck. Jetzt erweist es sich als Vorteil, daß Deutschland ein Autoland ist:

Auch die Nutzung von Tiefgaragen als Notunterkünfte wird geprüft.

Bestimmt stellen die Parkhäuser in den Innenstädten gerne jeweils ein Parkdeck zur freien Verfügung. Pro Stunde und Asylbewerber 2,50 €.

Asyl-Container kosten 20.000 Euro pro Person

Vielleicht findet man im städtischen Raum noch Platz für ein Containerdorf? Ein Container-Platz kostet in Berlin 20.000 €. Sollte Deutschland die „Flüchtlinge“ irgendwann wieder los werden, kommen Entsorgungskosten hinzu.

Ausland

AU: Zwangszuweisungen, wenn Gemeinden Quoten nicht erfüllen

Die Österreicher sind schon weiter. Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt! Österreich ändert ggf. die Verfassung für Zwangszuweisungen, schreibt die Kronenzeitung. Zwangszuweisungen sind immer auch zwangsweise zu tragende Kosten für die Gemeinden.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) haben ihre Lösungsansätze für die angespannte Situation bei der Verteilung von Flüchtlingen präsentiert. Dabei sind auch „Zwangsquartiere“ in Bezirken und Gemeinden

geplant, die ihre Quote nicht erfüllen. Dazu ist jedoch eine Verfassungsänderung nötig. […] Die Verfassungsänderung soll es dem Innenministerium ermöglichen, „Widmungen und baubehördliche Verfahren“, für die derzeit Gemeinde oder Bundesland zuständig sind, selbst durchzuführen, um so Flüchtlingsquartiere zu schaffen, so Faymann. Er räumte einen „schweren Eingriff“ in die Verfassung ein, ortet aber in den Ländern eine „gewisse Grundbereitschaft“.[…] „Wir tragen das Problem nicht zu jedem Landbürgermeister.“ Und man werde die „Ersatzvornahme“ ausschließlich dort zum Einsatz bringen, wo die Quote nicht erfüllt werde – niemand müsse sich fürchten, daß der Bund zusätzliche Quartiere installieren werde, wenn das Soll erbracht wurde, versicherte die Regierungsspitze. Außerdem werde die Bestimmung nur für Grundstücke oder Gebäude gelten, „über die der Bund verfügungsberechtigt ist“, hieß es. […] In Kraft treten soll das Gesetz so bald wie möglich, Kanzler und Vizekanzler stellen auch eine Sondersitzung des Nationalrats in den Raum. Es braucht allerdings die Stimmen von FPÖ oder Grünen für die nötige Zweidrittelmehrheit.

Auch im bereits erwähnten bayerischen Landkreis Fürstenfeldbruck werden von einzelnen Gemeinden die Quoten nicht erfüllt. Der örtliche Landrat kündigte an, daß Kommunen, die keine Plätze nachweisen können, damit rechnen müssen, daß er notfalls ihre Bürgerhäuser beschlagnahmen werde.

Asylkosten-Schätzung 2015*):

Gemeinden (Unterbringung, Asylbewerberleistungen, MUFL, Medizinkosten, Ausländerämter):	**20 Mrd. €**
Länder (Ministerien, Erstaufnahme, Logistik, Erstattungen):	**6 Mrd. €**
Bund (BAMF, Bundespolizei, Bundeswehr, Finanzspritzen, Förderung NGOs):	**2 Mrd. €**
	= 28 Mrd. €

+ arbeitslose Geduldete
+ Integrationskosten
+ gestiegene Polizeikosten
+ Verluste, Einbrüche, Überfälle
+ Schulkosten
+ Abschiebekosten
+ Familiennachzug
+ EU-Asylangelegenheiten
+ 6000 neue Stellen
+ Traumatherapie
+ Wohnungsbau für Asylbewerber
+ Einwanderung in deutsche Sozialsysteme

Geschätzte Gesamtkosten: 35 Mrd. € pro Jahr

Hintergrundinformationen / Datensammlung für die Schätzung*):
Personen wegen Asyl / Aufenthalt in Deutschland

Ausländer, die über die Asyl-schiene nach Deutschland gekommen sind	1.147.054 (Juli), geschätzter Aufwand für ein Asylverfahren, ohne Folgekosten (Arbeitslosigkeit, Kriminalität) pro Person 25.000 €. Nach Abschluss des Asylverfahrens besteht bei Aufenthalts-erlaubnis / Duldung ein Anspruch auf Hartz-IV-Zahlungen aus Bundesmitteln. Die Gemeinde übernimmt dabei die Kosten für Unterkunft, Heizung und Hilfen für Kinder.
– davon Asylberechtigte	38.473 (Juni)
– davon Geduldete (abgelehnt, aber nicht abgeschoben, bei Arbeitslosigkeit Hartz IV)	600.000 Personen (Stand Januar), 536.997 (Juni)
– davon Asylverfahren in Bearbeitung	240.000 (Juli)
2015 registrierte Asylsuchende	302.415 (bis 31. Juli)

2015 aufgenommene MUFL (müssen keinen Asylantrag stellen)	hinzugekommen 22.000 Personen (1. Halbjahr 2015)
2015 gestellte Asylanträge	258.000 (bis 31. Juli), davon 1.131 gemäß Art. 16a GG als politisch Verfolgte anerkannt, 40.035 weitere Personen unter Abschiebungsschutz gestellt. Letzte Herkunfts-Statistik Juni
2015 Asylbewerber bis Jahresende erwartet	400.000 (tagesschau), 450.000 (BAMF), 600.000 (BW), 700.000 (Bayern). Pro Woche 8000
Asylbewerber ab 2016 erwartet	2016: 1 Mio., 2017: 2 Mio.
Familiennachzug anerkannter Asylanten/Kontingentsflüchtlinge	4831 Visa erteilt, 31.500 Absichtserklärungen (NRW)
Abschiebungen	8.178 (1. Halbjahr 2015). Abschiebungen in 80 Prozent der Fälle nicht möglich wegen fehlender Papiere.
freiwillige Rückkehr	12.600 (1. Halbjahr), Rückkehrprämie 600 € pro Person in Lörrach

Aufwand auf verschiedenen Ebenen

- 6000 neue Stellen für deutsche Asylindustrie: 2,5 Mrd. €
- Anteilige Personalkosten pro Asylbewerber 2.500 € (Österreich)

Aufwand auf Bundes-Ebene

2015 Registrierung Asylbewerber	302.415 (bis 31. Juli)
2015 eingegangene Asylanträge	258.000 (bis 31. Juli)
2015 Asylanträge in Bearbeitung	240.000 (Juli), 39.846 Anhörungen (bis Juni)
Durchschnittliche Verfahrensdauer	5,3 Monate

Verfahrensverlängerung durch Folgeanträge abgelehnter / wiedereingereister Personen	22.990 Verfahren anhängig (30. Juni)
Anzahl getroffener Entscheidungen	114.060 (1. Halbjahr)
Verwaltungskosten eines Asylverfahrens	1400 € (Österreich)
Personalaufwand BAMF	Normalbesetzung: 2200, Neueinstellungen: 2014: 300, 2015: 1000, 2016: 1000. Personalkosten pro Person ca. 50.000 €
Asyl-Aufwand Bundespolizei	Starke Auslastung mit illegalen Migranten z.B. in Flensburg, Passau, Rosenheim, Trier. Polizeibegleitung bei 1431 Abschiebungen auf dem Luftweg, z.B. 37 Beamte für Abschiebung von 62 Serben für 45.000 € (2013). 150 neue Stellen (2015), 100 neue Stellen (2017). Tätigkeitsberichte der Bundespolizeidirektionen.
Asyl-Aufwand Bundeswehr	Teilnahme an EU-Operation „Eunavfor Med“ mit 2 Schiffen und 316 Soldaten um 6000 Personen von Schleuserbooten aufzunehmen (Stand Juli), 11 Kasernen mit 6170 Plätzen + 141 Zelte mit 1120 Plätzen abgetreten
Finanzspritzen für Bundesländer / Gemeinden	2015: 1 Mrd. € zur Weiterleitung an Gemeinden. Neubau von Sozialwohnungen für Flüchtlinge mit Bundesmitteln 518 Mio. € pro Jahr. Bayern fordert 2 Mrd. € jährlich für Wohnungsbauprogramme. Hartz IV-Bezüge von ehemaligen Asylbewerbern mit einem Aufenthaltstitel in Deutschland.

Aufwand auf Landes-Ebene

Kosten pro Person	12.500 bis 15.600 € pro Jahr (ohne Schulkosten und Betreuung für Kinder und Jugendliche)

Aufwand der zentralen Ausländerämter für Abschiebungen	8.178 Abschiebungen im 1. Halbjahr 2015), Kosten pro Person 5.000 bis 15.000 €, z.B. 8 Georgier 81.000 €. Abschiebungen in 80 Prozent der Fälle nicht möglich wegen fehlender Papiere.
Personalaufwand	3.750 zusätzliche Stellen
erhöhter Polizeiaufwand	38.119 tatverdächtige Asylbewerber (2014)
Pauschale Erstattungen für die Unterbringung von Asylbewerbern an die Gemeinden pro Person und Jahr	6.014 € Rheinland-Pfalz, 6.684 € Thüringen, 7.500 € NRW (tatsächliche Kosten 15.000 €), 7.554 € Hessen, 7.600 Sachsen, 8.200 € Niedersachsen, 9.128 € Brandenburg, ab 2016 13.3216 € (ab 2016: 13.960 €) Einmalzahlung Baden-Württemberg Vollkostenerstattung in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland
MUFL-Erstattungen an Gemeinden	22.000 angeblich minderjährige Personen eingereist (1. Halbjahr 2015), Kosten pro Person und Jahr: 40.000 €, 60.000 € bis 120.000 €. Aufwand in NRW 87 Mio. € (2015) + 155 Mio. € (2016). Aufwand Bayern 510 Mio. €. Einblick in die MUFL-Industrie.
Baden-Württemberg	95 Mio. € für Trauma-Therapie. 30 Mio. € für Wohnraum-Programm. 13.260 € Kostenpauschale pro Asylbewerber an die Gemeinden, ab 2016 13.960 €. Trotzdem 12 Mio. € Defizit bei den Gemeinden für Unterbringung. Betreuung, Sprachkurse, Verwaltung und medizinische Versorgung kommen extra. 11.000 neue Erstaufnahmeplätze geplant.

Bayern	1.300 € Aufwand pro erwachsenem Flüchtling im Monat. 510 Mio. € für 8.500 MUFL. 900 Mio. € für 862 zusätzliche Stellen, davon 200 Polizeibeamte zur Heimbewachung (2015). Alle vorhandenen Sozialpädagogen im Staatsdienst eingestellt. Gemeinden bekommen volle Kosten erstattet. 2014: 410,8 Mio € für Unterbringung und Versorgung. 2015 / 2016 im Landeshaushalt 3 Mrd. € für Asyl. 2015 kamen 60.000 neue Asylbewerber (bis Juni), München: 400 Personen pro Woche, in der Erstaufnahme: 5900 (Juli). 2013 574 MUFL, 2014 3400 MUFL für 51 Mio. €. 2015: 8500 MUFL (bis Juli) für 510 Mio. €, bis Jahresende erwartet: 15.000 MUFL. Alleine Diakonie betreibt 400 Clearingstellen. Danach kommen MUFL in Wohngruppen + Pflegefamilien.
Brandenburg	Land zahlt an Gemeinden 2.300 € Investitionspauschale pro Platz, insgesamt 2,5 Mio. €. Asylbewerberkosten 2014: Erstaufnahme: 82,4 Mio. € + 2,5 Mio. € Investitionspauschalen + 102,6 Mio. Gemeinde-Kosten = 187,50 Mio. €. Asylanträge bis 30. Juni: 6011. Asylbewerberkosten 2015: 200 Mio. € (bis 31. Juli). 2016 eingeplant: 285 Mio. €. Erstattung vom Bund 2015: 15 Mio. €. Kosten pro Person und Monat: 2000 €. Anzahl MUFL unbekannt, mindestens 73.
Berlin	26.000 Asylbewerber, davon 18.467 in 2015 gekommen (bis Juni). Erstaufnahme: Tagessätze zwischen 7,30 und 15,00 € plus Vollverpflegungskosten. 60 Asylwohnheime für 15.900 Personen mit Tagessätzen zwischen 8,29 und 16,00 €. Hotelunterbringung: 1800 Personen für 8,4 Mio. € (1. Halbjahr), Hotel-Tagessätze: 25 – 45 €. Berlin erhöht Wohnstandards und Integrationsleistungen für Asylbewerber. Gesundheitskarte wird eingeführt. Maklergebühren 186.000 € für 3 Objekte. Unterkunft für 20 Illegale 1,5 Mio. € pro Jahr. Asylkosten 2014: 251 Mio. €, davon 94,4 Mio € für Unterbringung. Geplante Asylkosten 2016: 400 Mio. €, Asylkosten 2017: 450 Mio. €.

Hamburg	Täglich 200 bis 300 neue Asylbewerber. Neues Asyllager für 1.200 Personen in der Hamburger Messehalle. Asylbewerber dürfen Schwarzfahren.
Hessen	7.554 € Kopfpauschale an Gemeinden, 243 Mio. € für 190 neue Asylindustrie-Stellen, ab 2017 sind 390 Mio. € für weitere neue Stellen eingeplant
Niedersachsen	In Erstaufnahme-Einrichtungen: 6000 Personen (Juli 2015). Pauschale pro Person und pro Jahr: 8200 €.
NRW	90.000 neue Asylbewerber (August). 242 Mio. € für MUFL (2015/16). Großraum-Zelte für 1000 Mann zur Erstaufnahme geplant. 807 neue Stellen zu je 50.000 € für Flüchtlings-Betreuung. 288 Mio. € für 674 Flüchtlingslehrer. Im Landeshaushalt 2016 eingeplant: 1,2 Mrd. € (ohne Heimpersonal, Verwaltung und zusätzlichen Ausgaben der Gemeinden). Belastung der NRW-Gemeinden 35,2 Mio. €. 4831 Visa für Familiennachzug erteilt, 31.500 weitere Interessenten. 189.000 arbeitslos gemeldete Ausländer + Familienanhang. 2014 Ausgaben der Gemeinden für Asyl 550 Mio. € , erstattet wurden vom Land lediglich 112 Mio. €. Kosten-Erstattung pro Person: 7500 €, tatsächliche Kosten: 15.000 €. 36.000 Geduldete in NRW, für welche die Gemeinden aufkommen müssen. 130.000 neue Asylbewerber dieses Jahr erwartet.
Schleswig-Holstein	2014: 80 Mio. €, 2015: 287 Mio. € + 1 Mio. € für Beschleunigung Asylverfahren, 2016: 298 Mio. € Schätzung
Thüringen	Täglich 1.500 neue Asylbewerber (Juli), insgesamt 6.848. 61 Abschiebungen (30. Juni)

Gesamtaufwand auf Gemeinde-Ebene und Einzelbeispiele

Gesamtaufwand der Gemeinden	das 20fache der 2015 gewährten Bundesmittel in Höhe von 1 Mrd. €, also 20 Mrd. €

Beschaffung von Wohnraum für Asylbewerber	LANDESHILFEN: 2.300 € Investitionspauschale pro Platz in Brandenburg, 7500 € in Thüringen. 30 Mio. € für Wohnraum-Programm (alleine Ludwigshafen gibt aber schon über 22,6 Mio. € aus!). GEMEINDEN: Asylcontainer für 75 Personen kosten 1,2 Mio. €. Container in Berlin 20.000 € pro Platz.
Asylbewerber-leistungen (Unterbringung, Lebensunterhalt, Taschengeld)	Asylbewerber-Regelsatz für täglichen Bedarf und Taschengeld 359 € pro Monat. Gesamtaufwand inkl. Unterbringung im Schnitt 15.000 € pro Person und Jahr (NRW) bzw. 1.300 € pro Monat (Bayern). 2013 bezogen 225.000 Personen Asylbewerber-leistungen, davon 61% Männer, 41% Asiaten, 38% Europäer, 17% Afrikaner, 4% unbekannter Herkunft. Nach 15 Monaten Aufenthalt erhalten Asylbewerber Sozialhilfe in Höhe von 399 € pro Monat. 2009 war dies ein Drittel der Leistungs-bezieher. 2013 waren dies 16 % der Asylbewerber. 2013: 1,5 Mrd. € für Asylbewerberleistungen.
Betreuungsaufwand (Sozialpädagogen u.ä.)	833 € pro Person
Medizinische Versorgung	Flüchtlinge genießen ähnlichen Status wie gesetzlich Versicherte. Zahnersatz oder künstliche Befruchtung müssen extra beantragt werden. Westerstede: pro Person 5.900 €. 5% erhalten Psychotherapie, 40% bräuchten Trauma-Therapie. Arabische Erbkrankheiten kosten mehr als 10.000 € pro Monat. ERSTATTUNG: Hessen übernimmt Gesundheitskosten in den ersten zwei Jahren, wenn diese mehr als 10.226 Euro betra-gen. Rheinland-Pfalz zahlt 85 Prozent der Kosten von stationären Aufenthalten, die über 7.600 Euro liegen. In Sachsen werden Gesundheitskosten von über 7.669,38 Euro übernommen.
Unterkunft, Heizung, Hilfen für Kinder nach abgeschlossenem Asylverfahren und Aufenthaltserlaubnis in Deutschland	Alleine in NRW 189.000 arbeitslos gemeldete Ausländer + Familienanhang. 280 qm-Wohnung für eine syrische Moslemfamilie in Bremen. Poly-gamisten holen Ehefrauen nach.

Dortmund	40,9 Mio. € Aufwand = 2,77 % des Haushalts (2015). 3.700 Asylbewerber (Stand Juli 2015), davon 2.100 in Wohnungen untergebracht. Strom kostenlos. Zusätzlich Kosten durch täglich 20 neue MUFL (2015). 200 bis 300 MUFL pro Jahr (2014). Schuldenstand 2015: 2,2 Mrd. €. Kommentar des Stadtkämmerers zu Ausländerkosten. 18.333 ausländische Hartz-IV-Empfänger (2014).
Dresden	In 2014 15,6 Mio. € gezahlt, davon 6,2 Mio. € Eigenleistung der Stadt. 2015 beträgt der Aufwand 47 Mio. € =3,5 % des Haushalts (2015), man rechnet mit 21,7 Mio. € Landeszuschuss.
Garmisch-Partenkirchen	Betreuung für 300 Asylbewerber 250.000 €
Hannover	Hannover: 15 Mio. € „Nebenkosten“ Asyl (Sozialpädagogen, Wachdienste, Arztkosten). Asylkosten machen zweitgrößten Posten der Landeshauptstadt aus.
Lörrach	65.000 € für freiwillige Rückkehr von 107 Personen
Ludwigshafen	Immobilienbau und -sanierung für 22,6 Mio. €. Aufwand für Betreuung steigt: neue Sozialarbeiter*innen für Koordinationsstelle Asyl, zentraler Sozialdienst (Kita und Schule). AWO / SPD fordern Einführung Gesundheitskarte.
München	93,2 Mio. € Aufwand 1. Halbjahr 2015 = 3,1 % des Haushalts
Osterholz	4,5 Mio. € Ausgaben für Asyl (2015)
Schwäbisch Hall	30.000 € Renovierungskosten für 8 Zimmer
Westerstede	Medizinische Versorgung pro Person 5.900 €
Winterberg	Medizinische Versorgung von 2 Geduldeten 135.000 € pro Jahr, davon 70.000 € vom Land NRW erstattet.

Ein Blick in die „Asyl-Industrie“

„PI“ berichtet: „Da hatten die Beamten von der Bundespolizei-Inspektion Rosenheim aber Glück, daß ihnen diese wertvolle Ladung nicht durch die Lappen ging. 20 afrikanische MUFL *) auf einen Schlag! Für die Asylindustrie winkt ein Bomben-Geschäft. Diesen Jugendlichen widmet der deutsche Staat seine ganze Aufmerksamkeit.

*) MUFL = (in der Behördensprache) „Minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge“

Die Rosenheimer Bundespolizisten, die am Montagmorgen (20. Juli 2015) ihren Dienst angetreten haben, fanden in der Dienststelle bereits rund 160 unerlaubt eingereiste Personen vor. Sie wurden in der Sporthalle der Bundespolizei-Liegenschaft behelfsmäßig untergebracht, nachdem sie am Abend und in der Nacht zuvor in Gewahrsam genommen worden waren. Über das Wochenende verteilt hat die Bundespolizeiinspektion Rosenheim etwa 570 illegale Grenzübertritte registriert.

Alleine in drei Fernreisezügen aus Italien trafen die Beamten am Sonntag rund 30, 50 und 90 Personen an, die keine Papiere für die Einreise beziehungsweise den Aufenthalt in Deutschland mitführten. Es handelt sich um Männer, Frauen und Kinder aus bis zu 20 verschiedenen Ländern. Die meisten von ihnen stammen ursprünglich vom afrikanischen Kontinent. Viele berichteten von einer lebensgefährlichen Schleusung über das Mittelmeer, die pro Person Tausende Dollar gekostet hätte.

Die unerlaubt Eingereisten mußten in Rosenheim den jeweiligen Zug verlassen. Sie wurden mit Polizeibussen vom Bahnhof zur Dienststelle der Bundespolizei gefahren. Nachdem sie in der Bundespolizei-Sporthalle provisorisch untergebracht, versorgt und registriert worden waren, konnten sie von dort aus zur Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in München weitergeleitet werden. **In etwa 20 Fällen wurde das zuständige Jugendamt eingeschaltet, da es sich um Minderjährige handelte, die ohne Eltern oder sonstige Verwandte unterwegs waren.**

Es geht dann zur ersten Station der MUFL: die Inobhutnahme. Danach für mehrere Monate weiter in ein „Clearinghaus“. Alleine

die Diakonie betreibt 400 Clearingstellen in ganz Bayern. Dann kommen die MUFL in Wohngruppen oder Pflegefamilien.

Jetzt, wo die MUFL im Bundesgebiet frei verteilbar sind, muß man sehen, daß auch jeder etwas von den Minderjährigen hat. In Bayern lassen sich im Schnitt 60.000 Euro im Jahr mit einem afrikanischen Jugendlichen verdienen. Falls da keine Kapazitäten mehr frei sind, gibt es zum Beispiel das Christophorus Jugendwerk in Freiburg für 335 Euro pro Tag, macht 120.600 Euro im Jahr. Man sieht an diesen Dimensionen, wieviel Stellen die Asyl- und Sozialindustrie mit jeder Zugladung frischer MUFL aus dem Stand heraus kreieren kann. Die Stellen sind nicht etwa befristet.

Es ist geradezu unglaublich, welche Aktivitäten der deutsche Staat für Kinder aus dem Ausland entwickelt. Ein paar Beispiele aus dem schier endlosen Angebot:

Die Clearingstelle der Caritas Magdeburg hat bereits an 500 MUFL verdient. Dafür tut sie natürlich auch etwas. Zum Beispiel wird nach den „Vorstellungen, Wünschen, Zielen und Perspektiven in Deutschland“ gefragt:

Bei der Klärung dieser Fragen bedienen wir uns der Hilfe eines Dolmetschers. […] Alle Informationen werden dokumentiert und dem Vormund sowie dem Jugendamt zur Verfügung gestellt. […] Die Zusammenarbeit mit dem Vormund ist während des gesamten Clearingverfahrens sehr intensiv und geprägt durch regelmäßige Besuche und Fallbesprechungen in unserem Haus. […] Da die Jugendlichen während des Aufenthaltes in der Clearingstelle noch nicht zur Schule gehen können, bieten wir täglich Deutschunterricht an. […] Analphabeten machen wir mit dem Alphabet und den Zahlen vertraut, so daß das Fundament für ein zukünftiges Leben gelegt wird. Nach dem Clearing geht es direkt hochprofessionell weiter.

Beispiel Saarland:
Nach durchgeführtem Clearing wird ein Persönlichkeitsprofil des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings mit sozialpädagogischen, juristischen, psychologischen und ethnologischen Aspekten im Clearinghaus erstellt. Damit werden seine individuellen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe und seine Aufenthaltsperspek-

tiven im Hilfeplanverfahren (§ 36 SGB VIII) organisiert und dargestellt. Dabei steht das ausdifferenzierte Spektrum der Jugendhilfeangebote zur Verfügung. Eine enge Zusammenarbeit mit den Migrationsfachdiensten (z.B. Jugendmigrationsdienste) ist weiterhin erforderlich. Insbesondere muß sichergestellt sein, daß therapeutische Angebote auch bei der dezentralen Unterbringung (weiter) bestehen.

NRW (Beispiel)
Eine dezentrale MUFL-Unterbringung gibt es zum Beispiel bei der Diakonie in Düsseldorf-Kaiserswerth. Hier gibt es vier Plätze für deutsche Kinder und 12 für MUFL:

Zusätzlich zu der seit vielen Jahren bestehenden Wohngruppe für vier Jugendliche in der Düsseldorfer Innenstadt, finden nun im Liddy-Dörr-Haus zwölf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ein differenziertes und umfassendes Clearingverfahren und eine interkulturell geprägte pädagogische Begleitung. […] Die Zusammenarbeit von erfahrenen Sprach- und Kulturmittlern mit einem interdisziplinären Team ermöglicht es, auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen und dem Auftrag der Clearingstelle gerecht zu werden. Die Jugendlichen werden in der Bewahrung und Fortführung ihrer kulturellen und religiösen Praktiken unterstützt und in der Verarbeitung ihrer Fluchterlebnisse begleitet. […]

In einer BAMF-Broschüre aus dem Jahr 2008 liest man am Beispiel Nürnberg, wie solche Wohngruppen organisiert sein sollen. Damals wußte man wahrscheinlich noch nichts von den Ausmaßen, die die Sache annehmen würde.

Die Wohngemeinschaft wird rund um die Uhr von einem Sozialpädagogen betreut, und die Jugendlichen erhalten eine umfassende bedarfszentrierte Hilfe sowie Sprachunterricht und Hausaufgabenhilfe. Nach Bedarf kann auch psychosoziale Beratung, Begleitung und Therapie sowie eine Rückkehrberatung angeboten werden. Zudem stehen Freizeitangebote zur Verfügung, und der Verein unterhält Kontakte zu örtlichen Sportvereinen.

Dumm für jedes Kind, das in Deutschland geboren ist. Von solch einem kostenlosen staatlichen Service können deutsche

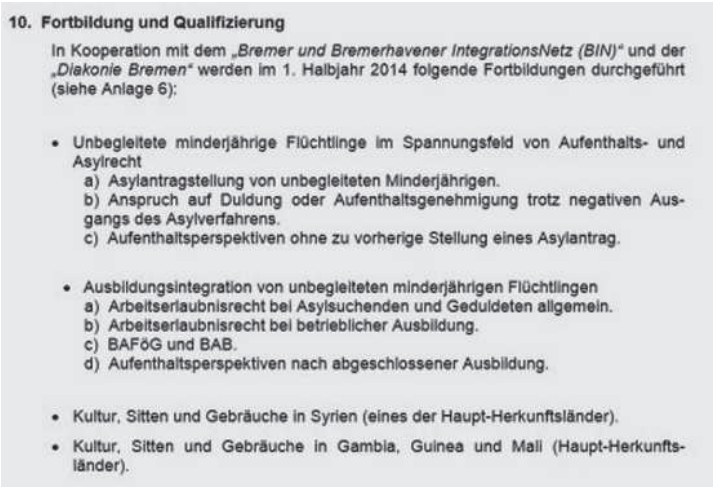
Familien nur träumen. In NRW gibt es sogar schon eine „Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge“, die beobachtet, ob der deutsche Gutmenschenstaat alles richtig macht:

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW begrüßt die überfällige Umsetzung einer jugendhilfegerechten Behandlung von UMF und beobachtet verstärkt den sich entfaltenden Prozess in NRW.

In Berlin kann niemand meckern, da ist alles vorbildlich und kultursensibel organisiert: **Fast alle wohnen in Einzelzimmern**, die einfach aber funktional mit eigenem Kühlschrank eingerichtet sind. Geschwister oder Bewohner gleicher Nationen werden auch in Doppelzimmern einquartiert. Die Älteren ab 16 versorgen sich selbst, wofür sie eine „Hilfe zum Leben” pro Tag erhalten. Dazu gibt es alle zwei Wochen ein kleines Handgeld für alle sonstigen Anschaffungen wie z.B. Bekleidung. Die Kinder bis 14 Jahre werden vollversorgt. Jeder Schüler bekommt morgens ein Eßpaket. [..] Das EAC-Team besteht in beiden Einrichtungen aus insgesamt 54 „MitarbeiterInnen“, darunter zum Teil muttersprachliche „ErzieherInnen“ und „SozialarbeiterInnen“, die im Kontext der interkulturellen Pädagogik arbeiten. In sieben Gruppen arbeiten fünf Sozialarbeiterinnen, vier Sozialarbeiter, 18 Erzieherinnen und 20 Erzieher. Sie verfügen über Sprachkompetenzen von Arabisch über Kurdisch bis Vietnamesisch. Rund ein Jahr braucht es, bis die neueingestellten „ErzieherInnen“ bzw. „SozialarbeiterInnen“ neben ihrer Kernkompetenz alle Aspekte eines Clearingverfahrens erfaßt haben und zum Wohle des Betroffenen fehlerfrei anwenden können. Gremienarbeit in Fachverbänden sowie Fortbildungsmaßnahmen wie „Interkulturelle Kommunikation“ oder „Zwischen Asylrecht und Jugendhilfe“ sind auch von entscheidender Bedeutung für die Arbeit. Traumatisierten Kindern und Jugendlichen steht im Haus ein Psychologe zur Verfügung. Durch regelmäßige Qualitätsdialoge zwischen dem Auftraggeber Land Berlin, hier also der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, und dem EAC-Team wird die Qualität der Arbeit überprüft und bestätigt.

In Bremen ist mit den MUFL einiges schief gelaufen (PI berichtete). Und das bei einem Betreuungsschlüssel von 1:2. Vielleicht

sollte man die Fortbildung für die SozialpädagogInnen noch ausweiten?



10. Fortbildung und Qualifizierung

In Kooperation mit dem *„Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz (BIN)"* und der *„Diakonie Bremen"* werden im 1. Halbjahr 2014 folgende Fortbildungen durchgeführt (siehe Anlage 6):

- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Spannungsfeld von Aufenthalts- und Asylrecht
  a) Asylantragstellung von unbegleiteten Minderjährigen.
  b) Anspruch auf Duldung oder Aufenthaltsgenehmigung trotz negativen Ausgangs des Asylverfahrens.
  c) Aufenthaltsperspektiven ohne zu vorherige Stellung eines Asylantrag.

- Ausbildungsintegration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen
  a) Arbeitserlaubnisrecht bei Asylsuchenden und Geduldeten allgemein.
  b) Arbeitserlaubnisrecht bei betrieblicher Ausbildung.
  c) BAFöG und BAB.
  d) Aufenthaltsperspektiven nach abgeschlossener Ausbildung.

- Kultur, Sitten und Gebräuche in Syrien (eines der Haupt-Herkunftsländer).
- Kultur, Sitten und Gebräuche in Gambia, Guinea und Mali (Haupt-Herkunftsländer).

Natürlich braucht dieser Zweig der „Asylindustrie" auch einen eigenen **Bundesfachverband:**

Nach eigenen Angaben ist der B-UMF („Bundesfachverband Migranten und Flüchtlinge") „ein eingetragener Verein, der von einem dreiköpfigen Vorstand geleitet wird. In Berlin sitzt die Bundesgeschäftsstelle, in der unser Team tätig ist. Insgesamt besteht der Verband aus über 200 Mitgliedern, darunter ca. 50 Organisationen. Der B-UMF verfolgt dabei verschiedene, aber miteinander verknüpfte Ziele. […] Wir unterstützen junge Flüchtlinge, für ihre Anliegen einzutreten, ihre Stimme zu erheben – sei es im Rahmen von Fachtagungen, Kundgebungen, in unserer Geschäftsstelle oder in der Mitarbeit an Publikationen. […] Einige Politiker quer durch alle Parteien sind sich mittlerweile bewußt geworden, wie dringlich unser Anliegen ist – aber leider sind sie noch in der Minderzahl. Darum bemühen wir uns aktiv darum, die Anliegen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge immer wieder den beteiligten politischen Parteien nahe zu bringen. Nur so lassen sich wirksame Veränderungen der Gesetzeslage erzielen.

Und wir bemühen uns aktiv darum, die Anliegen deutscher Fa-

milien immer wieder den beteiligten politischen Parteien nahe zu bringen! Nur so lassen sich wirksame Veränderungen der Gesetzeslage erzielen. Diese sind mehr als notwendig, sollen deutsche Kinder nicht zu Bürgern zweiter Klasse werden…“

Der Befehl zum reichhaltigen Verplempern von Geld zur künstlichen Steigerung des Dienstleistungssektors kommt direkt aus der EU-Zentrale, dient der Senkung der Leistungsbilanz und damit dem Zusammenhalt der auseinanderdriftenden Eurozone. Wenn der Staat so großzügig ist, dann sollte er auch reichlich in deutsche Kinder investieren und vor allem die deutschen Familien steuerlich entlasten!
(Quellen: pi-news)

Asylkosten und -zahl der MUFL

Wie uns neue Zahlen zu den MUFL („minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“) zeigen, sind die gestellten Prognosen meist zu niedrig angesetzt. Aufgrund bisheriger Erkenntnisse ergaben sich diese Zahlen:

Während im Jahr 2006 noch 600 unbegleitete Flüchtlinge in Deutschland strandeten, waren es 2013 bereits 6.600 und im ersten Halbjahr 2015 sogar 22.000. Die Zahl der MUFL könnte Ende des Jahres also locker 50.000 betragen. Das entspricht Kosten von etwa 3 Mrd. €. Geld sei aber nicht das Problem, sagt die Diakonie:

Andreas Dexheimer, Leiter der Diakonie in der bayerischen Landeshauptstadt, erklärte dazu: Es fehle nicht an Geld. Es fehlten Immobilien und Personal wie Sozialpädagogen, Dolmetscher und Vormünder.

Außerdem wurde durch die CSU bekannt, daß nächstes Jahr 1 Mio. Asylbewerber zu erwarten sind und 2017 noch einmal 2 Mio. Damit sehen die Eckdaten der Asylkosten derzeit wie folgt aus:

Asyl 2015 – bundesweit –
- Gestellte Asylanträge: 141.905 (1. Halbjahr 2015)
- Durchschnittliche Dauer eines Verfahrens: 5,3 Monate

- Asylverfahren in Bearbeitung: 221.000 (Juni), 237.877 (Juli)
- Anzahl getroffener Entscheidungen: 93.816 (1. Halbjahr)
- Bis Jahresende erwartet: 450.000 bis 500.000 Asylbewerber, pro Woche 8000, 2016 1 Mio. Personen erwartet, 2017 2 Mio. Personen erwartet
- Kosten pro Asylbewerber und Jahr: 12.500 bis 15.000 €
- MUFL: hinzugekommen 22.000 Personen (1. Halbjahr 2015), Kosten pro Person und Jahr: 60.000 €
- Geduldete (abgelehnt, aber nicht abgeschoben, Hartz IV): 600.000 Personen (Stand Januar)

Hier noch eine frische Zahl aus Berlin:
Alleine die jährlichen Kosten für die Unterbringung sind innerhalb der letzten fünf Jahre von 2 Mio. € auf 95 Mio. € gestiegen.
(Quelle: „Politically Incorrect“:
http://www.pi-news.net/, PI-Berichte vom 24. Jul, 8. und 10. August 2015)

6.000 neue Stellen in der „Asyl-Industrie“

Der finanzielle Aufwand für Asylanten (0,2 Prozent), Geduldete (32,1 Prozent) und Illegale (67,7 Prozent) erhöht sich wegen massiver Stellenerhöhung in der Asylindustrie in nächster Zeit drastisch. 2,5 Milliarden Euro werden hierfür an zusätzlichen Personalkosten fällig sein. Außerdem brauchen 40 Prozent der Asylbewerber eine Trauma-Therapie.

Die FAZ berichtet: „Weil immer mehr Asylbewerber nach Deutschland kommen, sollen in den nächsten Jahren mehr als 6000 Stellen im öffentlichen Dienst entstehen, dadurch bundesweit zusätzliche Personalkosten in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Die meisten Arbeitsplätze werden in der Verwaltung, bei der Polizei und in Schulen geschaffen. Bund und Länder geben dafür etwa 2,5 Milliarden Euro aus.

Mehrausgaben für Personal auf Bundesebene
* 250 neue Stellen bei der Bundespolizei
Außerdem werden in diesem Jahr 150 Bundespolizisten eingestellt, im Jahr 2017 noch einmal 100. Sie sollen dabei helfen, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Das hat der Bundestag im Nachtragshaushalt Ende Mai beschlossen.

* 2000 neue Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Zuvor hatte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bei einem Gipfeltreffen im Kanzleramt angekündigt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um 2.000 Mitarbeiter aufzustocken. Es gehe darum, die Asylverfahren zu beschleunigen, sagte der Minister. Damit hat sich das Personal des BAMF fast verdoppelt.

Mehrausgaben für Personal in den Bundesländern (einige Beispiele)
Sie schaffen Stellen für Richter, Polizisten, Verwaltungsangestellte und Lehrer. Wie viele Arbeitsplätze insgesamt entstehen werden, ist unklar. Es dürften aber viel mehr sein, als bisher bekannt ist.

*** 288 Mio. Euro für 674 Flüchtlingslehrer in NRW**
Nordrhein-Westfalen will alleine in diesem Jahr 792 neue Arbeitsplätze ausschreiben – davon 674 für Lehrer, die Flüchtlingskinder unterrichten sollen. Insgesamt kostet das 288 Millionen Euro.

*** 900 Mio. Euro für neue Stellen in der Asylindustrie Bayern**
Bayern gibt kurzfristig 900 Millionen Euro mehr für die Asylpolitik aus. Es entstehen 892 zusätzliche Stellen, davon 200 bei der Polizei. Durch das Aufstocken der Polizeikräfte können mehr Beamte Flüchtlingsheime bewachen.

* Der Markt an Sozialpädagogen ist in Bayern bereits leergefegt:

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, hat sich bereits vor längerem beklagt, die Kommunen wüssten nicht mehr, wie sie die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge aus Somalia, Eritrea und Afghanistan alle nach Jugendhilfestandards betreuen sollen. „Der Markt an Sozialpädagogen ist leergefegt, das System in Bayern droht zu kollabieren“, sagte Bernreiter dem SPIEGEL.

*** 243 Mio. Euro für 190 neue Asylindustrie-Stellen in Hessen, ab 2017 sind 390 Mio. €** für weitere neue Stellen eingeplant. Hessen stellt im nächsten Jahr 190 Personen ein, vor allem um die Erst-

aufnahmeeinrichtungen personell zu entlasten. Dort registrieren Mitarbeiter die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft und versorgen sie medizinisch. Um den Flüchtlingsstrom zu bewältigen, gibt das Land 243 Millionen Euro mehr aus als geplant. Für die Jahre 2017 und 2018 werden 390 Millionen Euro zusätzliche Kosten erwartet.

*** Steigende Integrationskosten für Asylbewerber in Berlin:**
„Neben der Unterbringung gehören dazu eine gute Versorgung, Integration und Betreuung durch ein Maßnahmenpaket, welches unter anderem Angebote zur Sprachförderung, beruflichen Eingliederung und schulischen Versorgung umfasst."

Die Bildung der Neuankömmlinge aller Art will Berlins Politik über die Förderung von Anwohnerinitiativen, aber auch über Lerngruppen für Kinder ohne Deutschkenntnisse an Berliner Schulen voranbringen. Hier sollen „bedarfsgerecht" zusätzliche Lehrer und Erzieher eingestellt werden. Neben Angeboten zum Erlernen der deutschen Sprache will der Senat für eine (Weiter-) Bildungsberatung aufkommen.

*** Trauma-Therapie für Asylbewerber in Berlin:**
Vom Senat bezahlte Betreuer sollen zudem Traumatisierte psychologisch und fachlich betreuen. Der deutsche Krankenkassenbeitragszahler wartet in der Regel Monate auf einen Termin beim Psychologen.

* Fünf Prozent der Asylbewerber befinden sich **bundesweit** in psychotherapeutischer Behandlung. Das ist aber nur die Spitze eines Eisbergs:

Nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) leiden rund 40 Prozent der Asylsuchenden in Deutschland aufgrund extrem belastender Erlebnisse in ihren Heimatländern und auf der Flucht unter einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Von ihnen erhalten jedoch nur circa fünf Prozent eine Psychotherapie.

Großer Personalbedarf auch in Mitteldeutschland
Wie viele Asylsuchende in diesem Jahr nach Deutschland kommen, dafür gibt es ständig neue Prognosen: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rechnet mittlerweile mit 800.000 (Stand Oktober 2015). Das sind viermal so viele wie im Frühjahr erwartet. Das heißt, daß es auch mehr Asylanträge gibt. Die bearbeitet das BAMF – und will deshalb bis November 1.000 neue Mitarbeiter einstellen. Sie arbeiten in den Bundesländern in den Erstaufnahmeeinrichtungen.

Nach einer Meldung des MDR v. 24.8.2015 herrscht auch in Mitteldeutschland eine große Nachfrage nach neuen Asyl-Mitarbeitern. Mehr als 8.000 Asylsuchende sind im Juli in Mitteldeutschland angekommen. Ihre Anträge bearbeiten in Thüringen 43, in Sachsen-Anhalt 59 und in Sachsen 69 Mitarbeiter. Diese Zahlen nannte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (kurz BAMF) auf Anfrage von MDR INFO.

Die Länder fordern, daß der Bund mehr Personal einstellt. Holger Stahlknecht (CDU), Innenminister von Sachsen-Anhalt, sagt: *„Entscheidend ist, daß Verfahren zügig und schneller bearbeitet werden. Insofern würde ich für mehr Personal plädieren. Ich denke, wenn die Zahlen sich gegenüber der Annahme im März vervierfacht haben, dann wäre zumindest eine Verdopplung angemessen.“*

Das zeigt auch die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter: Laut BAMF ist sie gegenüber dem Vorjahr um 80 Prozent gestiegen. Deshalb sollen bis November 1.000 neue Mitarbeiter eingestellt werden. Doch bisher laufen noch die ersten Ausschreibungen. Wie viel Personal Mitteldeutschland abbekommt, konnte das BAMF auf Anfrage nicht mitteilen.

(Quelle: http://www.mdr.de/mdr-info/bamf-mitarbeiter-mitteldeutschland100.html)

Kriminalität

Ein Aspekt, der hier nur angedeutet werden soll, ist die mit der Einwandererproblematik verbundene Kriminalität. Ich kann dieses Kapitel nur anreißen, da es den Rahmen dieser Publikation sprengen würde. Hinzu kommt, daß die dafür verantwortlichen Stellen zumeist „mauern“ und verwertbare Informationen zurückhalten. So gibt es schon gar keine „Ausländerstatistik in Bezug auf Verbrechen“. Die deutschen Behörden tun – auf wessen Anweisung eigentlich? – alles, Beteiligungen von Ausländern an kriminellen Handlungen zu verschleiern.

Wie meinte RLP-Innenminister Roger Lewentz im Interview auf die Frage der Journalistin nach Terroristen unter den sog. „Flüchtlingen“: „Davon gehen wir nicht aus.“

Mit solcher Leichtfertigkeit oder wahlweise Inkompetenz wird die Sicherheit in Deutschland aufs Spiel gesetzt!

So berichtete Nordrhein-Westfalens (NRW) Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, daß man in den Erstaufnahmeeinrichtungen in NRW feststelle, ein erheblicher Teil der angekündigten registrierten Flüchtlinge komme nicht an. Andererseits stünden in vielen Einrichtungen plötzlich Menschen vor der Tür, die nicht angemeldet seien – und von denen niemand wisse, woher sie kämen.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt berichtete, man gehe derzeit von einem »Schwund« von 20 Prozent auf den Zugfahrten aus Bayern aus. In den vergangenen Wochen wuchs angesichts der stark steigenden Zahl der aus Österreich kommenden Flüchtlinge die Gruppe derer, die nicht registriert wurden – und

sich nun als Unbekannte im Land aufhalten. Belastbare Gesamtzahlen hat das Bundesinnenministerium nicht (...) „Solche Schläfer-Zellen des IS existieren schon in Europa“, sagt Ioannis Michaletos vom griechischen Institut für Sicherheits- und Verteidigungsanalysen am 29. Juni gegenüber der Welt. „Anschläge sind nur eine Frage der Zeit (...)“

„Sobald Flüchtlinge politisches Asyl erhalten, können sie sich in Deutschland frei bewegen und arbeiten. Alles, was Terroristen für die Aufnahme brauchen, ist ein syrischer Paß. Er garantiert nahezu automatisch Asyl. Wie Alfred Hackensberger in der Welt vom 29. Juni 2015 berichtet, kann man ihn auf dem Schwarzmarkt für umgerechnet 1200 Euro inklusive Personalausweis jederzeit kaufen. Der IS kann selbst Pässe herstellen, seitdem er Provinzhauptstädte und ihre Meldeämter beherrscht.

Noch gefährlicher für Europa als die Balkan-Route ist die Bulgarien-Verbindung. Über sie kommen die Terroristen als fast echte EU-Bürger nach Europa. Keine Aufnahmelager, keine Identitätsprüfungen und erleichtertes Reisen in der ganzen Union. Bulgarien ist als ärmstes Land Europas prädestiniert für illegale Aktivitäten. Der Staat hat ein ernsthaftes Problem mit Korruption bis in die obersten Führungsebenen, wie die EU-Kommission dieses Jahr feststellte. Zudem ist die international agierende bulgarische Mafia ein Machtfaktor. Von der bulgarischen Mafia bekommt der IS auch die Pässe. Zwischen 20.000 und 30.000 € verdienen die bulgarischen Gangster an einem Reisedokument. (...)

Die Aufnahme muslimischer Einwanderer habe nichts mit Barmherzigkeit zu tun, sondern solle nur die Fabriken mit jungen Arbeitern füllen. Denn die Europäer »haben ihre Fruchtbarkeit verloren, deswegen verlangen sie nach unserer. Wir werden mit ihnen Kinder zeugen, weil wir ihre Länder erobern werden«.

Der Imam der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem, Scheich Muhammad Ayed, erklärte: „Oh Deutsche, oh Amerikaner, oh Franzosen, oh Italiener und alle, die so sind wie ihr. Nehmt die Flüchtlinge auf! Wir werden sie bald im Namen des kommenden Kalifats einsammeln.“ Man werde diesen Völkern sagen: „Das sind unsere Söhne.“ An die Muslime gewandt, erklärte er: „Die

Juden und Christen werden euch nie mögen, aber ihr werdet dennoch nie ihren Religionen folgen. Diese dunkle Nacht wird bald vorüber sein, und dann werden wir sie niedertrampeln, so Allah will."
(http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/peter-orzechowski/is-in-deutschland.html)

Als Beispiel eine Meldung aus NRW
Dem bevölkerungsreichsten Bundesland droht der Kollaps – die Polizei kapituliert vor der Massenkriminalität, die Kommunen sind mit der Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Ein Polizist berichtet:

…„Vor allem EU-Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien beschränken sich nicht mehr auf einfache Eigentumsdelikte, sondern begehen Raube und zeigen Widerstand gegen die Staatsgewalt." Heißt: Sobald die Polizei einen Ruhestörer oder einen Autofahrer stoppen will, rücken Leute an, um Ärger zu machen…

Die Männer schreien, pöbeln, drohen mit Schlägen. „Ich stand letztens Nase an Nase mit einem Kerl, während mein Kollege versuchte, einen Randalierer hinter mir in den Streifenwagen zu verfrachten", erzählt „Meier".

…In Duisburg, Essen oder Gelsenkirchen, einst industrielle Herzkammer des Landes, warnt die Polizei vor „No-go-Areas". Hier herrschen Libanesen-Clans, die im Drogen- und Waffenhandel mitmischen oder Schutzgeld erpressen…
(http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-und-gesellschaft-nrw-in-hoechster-not_id_4850396.html)

Polizeigewerkschaft: Bei schweren Straftaten Asylverfahren nicht in Freiheit abwarten
Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft, äußert sich auf dem Nachrichtensender "n-tv" zu Delikten von Flüchtlingen:

"Wo der Rechtsstaat nicht sofort mit aller Konsequenz reagiert, wenn schwere Straftaten unter Flüchtlingen oder von Flüchtlingen begangen werden, sendet er fatale Signale der Verharmlosung aus, das muss verhindert werden. Wir müssen uns darauf konzentrieren, auf besonders schutzbedürftige Gruppen in besonderer Weise zu achten (…)

Sowohl die Beratungsdienste als auch die Sicherheitsunternehmen, die innerhalb der Unterkünfte arbeiten, müssen professionell und quantitativ ausreichend ausgestattet sein. Und wer dort schwere Straftaten begeht, muß sofort in Haft kommen!"

(Quelle: http://www.dpolg.de/aktuelles/news/wer-schwere-straftaten-begeht-soll-sein-asylverfahren-nicht-in-freiheit-abwarten-duerfen/)

„Was jetzt eingetreten ist, übersteigt die bisherige Vorstellungskraft"

„Es hilft nicht, wenn wir die reale Situation nicht zur Kenntnis nehmen und aus falsch verstandener Zurückhaltung Entwicklungen verschweigen!" – Der stellv. Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft DGPol, Ralf Kusterer, spricht im "Polizeispiegel" Klartext (28.09.2015):

„Massenschlägereien, Übergriffe und Straftaten im Nahbereich von Flüchtlingsunterkünften sind an der Tagesordnung, die Sicherheitslage ist mehr als angespannt. Wie „stark" ist die Polizei momentan wirklich? Sind wir den Anforderungen gewachsen und wenn ja, wie lange noch? Wie ist es nicht zuletzt um die „mentale Verfassung" der Polizei bestellt?"

(Quelle: http://www.dpolg.de/aktuelles/news/was-jetzt-eingetreten-ist-uebersteigt-die-bisherige-vorstellungskraft/)

Zum Abschluß ein Wort zu den Kirchen

Auch bei diesem Thema reicht der Raum nicht, alle Aspekte (fair) zu betrachten. Aber soviel Kritik muß sein:

In der Flüchtlingsfrage scheint den beiden großen christlichen Kirchen das Wohl der „Gäste" wichtiger zu sein als das Heil der Gläubigen. Die christliche Botschaft lautet zwar:

„Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde; segnet, die euch fluchen; tut wohl denen, die euch hassen; bittet für die, so euch beleidigen und verfolgen" (Matthäus 5:44, Lutherbibel 1912).

Aber das darf doch wohl nicht heißen, den Islam als „Bruder-Religion" willkommen zu heißen, den Ramadan mitzufeiern und Imame zu umarmen, statt die christliche Botschaft zu predigen.

„Mildtätigkeit ist garantiert keine Lösung“

Einen anderen Aspekt der Flüchtlingsfragen hebt Kurienkardinal Peter Turkson hervor:

„Afrika kann diese demographische Ausblutung nicht länger verkraften“, sagte Turkson, der auch Präsident des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden (Iustitia et Pax) ist, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Die vielen jungen Menschen dürften ihrer Heimat nicht verloren gehen.

Turkson beklagte, daß sich die meisten Flüchtlinge große Illusionen über ihre Zukunft in Europa machten. „Die wirkliche Geschichte ihrer Wanderschaft wird daheim nie erzählt; über die Erniedrigung und die Schmerzen wird geschwiegen.“ In Afrika müßten realistische Informationen über die Gefahren der Flucht und die Situation in Europa verbreitet werden.

Der Kardinal appellierte an die Europäer, die Fluchtursachen in den Heimatländern zu bekämpfen. „Mildtätigkeit ist garantiert keine Lösung. Hier müssen gezielte Aufbauprogramme für die gefährdeten Staaten her, die gleichermaßen Bildung, Ausbildung und demokratisches Regierungshandeln auf allen Ebenen anpacken.“

Europa selber könne nicht immer mehr Menschen aufnehmen und integrieren. „Wir haben die Krisen in den EU-Ländern von Griechenland bis Frankreich; die Angst vor Überfremdung in der Bevölkerung. Europa muß versuchen, dort anzusetzen, wo die Menschen ihre Wanderung beginnen.“…

(Quelle: http://religion.orf.at/stories/2716252/)

Wir schaffen das eben nicht!

Die Lösung des sogenannten Asyl- bzw. Flüchtlingsproblems liegt nicht bei uns, sondern in den Staaten, aus denen die Menschen „fliehen“. Wenn sie fliehen, weil sie unterdrückt werden, nehmen wir sie selbstverständlich auf.

Wenn sie aber „fliehen“, um hier ein besseres Leben zu finden, müssen wir sie abweisen. Das ist die Lehre aus der „Asylkrise“, unter der unser Vaterland ächzt und stöhnt. „Wir schaffen das eben nicht!“

Der Autor

Der Volkswirt und Philosoph Peter Helmes (Peter.Helmes@t-online.de), ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung und Mitglied im Wahlkampfstab von Franz-Josef Strauß, war Mitbegründer der Deutschen Konservativen und arbeitet seit 1996 als freiberuflicher Publizist. Er ist u. a. Träger des „Pour le Mérite Européen“ für seine Verdienste um ein Europa der Vaterländer und der „Lobkowicz-Medaille“ für die Förderung des Mittelstandes.

Helmes lehrte von 1991–2011 als freiberuflicher Dozent zu den Bereichen Lobbying sowie Medien am Institut für Verbands- und Genossenschafts-Management der Universität Freiburg (CH) und ist Autor von mehr als dreißig Büchern und Taschenbüchern (meist bei den Deutschen Konservativen erschienen) sowie Chefkorrespondent des Deutschland-Magazins. Im Mittelpunkt seiner publizistischen Arbeit stehen der Kampf gegen den Zeitgeist, Die Grünen, die „Sozialdemokratisierung“ der Politik und die DGB-Gewerkschaften.

Kleine Selbstdarstellung des Herausgebers

1980 wurde die „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gegründet, um Franz Josef Strauß bei seiner Kandidatur zum Bundeskanzler zu unterstützen. Initiatoren waren u. a. der Verleger Axel Springer, ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, Olympia-Siegerin Jutta Heine, Schachgroßmeister Luděk Pachmann, und der ehemalige Redaktionsleiter der BILD-Zeitung in Bremen, Joachim Siegerist.

Die Geschäftsführung übernahm Peter Helmes, zuvor langjähriger Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands. Der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“ gelang es, insbesondere auch außerhalb Bayerns, eine große Wählerschaft für Franz Josef Strauß zu mobilisieren.

Nach der Wahl galt es, die gewonnenen Freunde zusammenzuhalten und für die konservativen Werte in Gesellschaft und Politik weiter zukämpfen Deshalb gründeten Ende des Jahres 1980 Gerhard Löwenthal, Luděk Pachmann, Strauß-Anwalt Dr. Ossmann, Joachim Siegerist, Peter Helmes u. a. die „Konservative Aktion e.V.“, aus der 1985 die Deutschen Konservativen e.V. entstanden.

Die Konservative Aktion e.V. schoß in den Achtzigern ein ganzes Feuerwerk politischer Aktionen ab. So wurde 1983 in der Bernauer Straße in Berlin das erste Loch in die Mauer geschlagen. An jedem 13. August und 17. Juni ging die Konservative Aktion nach Berlin oder an die Zonengrenze. An Tausenden von Luftballons ließ sie Flugblätter gegen die SED-Machthaber in die „DDR“ fliegen. Die „DDR“-Armee versuchte, mit Hubschraubern die Flugblätter abzudrängen.

Als Gegengewicht zu den wütenden antiamerikanischen Aktionen der Linken startete die Konservative Aktion bewußt pro-amerikanische Veranstaltungen. Der damalige US-Präsident Reagan, zu dem Joachim Siegerist enge Kontakte hatte, dankte es dem Verband mit einem persönlichen Schreiben.

Auch nach dem Fall der Mauer sprachen sich die Deutschen Konservativen öffentlich gegen jegliche Regierungsbeteiligung

der SED-Nachfolgepartei PDS aus (seit 1998 bzw. 2001 in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin Koalition mit der SPD). Sie warfen den Sozialisten vor, ihre Anhängerschaft sei noch immer dieselbe wie zu „DDR“-Zeiten, als die SED Staatspartei war, und hätte diese alten Überzeugungen noch nicht abgelegt.

Die Deutschen Konservativen kämpfen ebenso unnachgiebig gegen den Sozialismus, weil dieser menschenverachtend ist und die Freiheit jedes Bürgers beschneidet. Dabei verweisen sie insbesondere auf die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und der sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Auf einer ihrer Demonstrationsveranstaltungen gegen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sprachen in diesem Zusammenhang auch Vertreter der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ und der „Vereinigung 17. Juni 1953 e.V.“, um die Partei an ihre historische Verantwortung zu erinnern.

Heute sind DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V. unbestreitbar die wohl bedeutendste demokratische, konservative Bewegung in Deutschland. Mit mehr als 40.000 Anhängern besteht sie den täglichen Kampf gegen die Linken und die linken Medien.

Mit der Organisation „Menschen in Not – Hilfsverein der Deutschen Konservativen e. V., Hamburg,“ unterstützen Die Deutschen Konservativen e. V. gezielt verfolgte Christen in vielen Ländern. Dazu besteht ein regelmäßiger, intensiver Kontakt mit vor allem Geistlichen der christlichen Kirchen. Ihre Spenden gehen unmittelbar und direkt an die Betroffenen bzw. deren örtliche Helfer, deren Namen wir aus verständlichen Gründen hier nicht veröffentlichen können.

Mutti
Multikulti